



Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturmäpf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Ungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftsberater

Verbreitung monatl. bei Haus 2,50 M. (halbjährl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohnen Versandgebühr). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-IV. Geschäftsstelle u. Expedition: Eisenbahnhofstr. 2. Jempecker: 17299 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Eisenbahnhofstr. Dresden-IV. Güterbahnhofstr. 2. Fernpost: Amt Dresden Nr. 17299 / Drahtauschrift: Arbeitszeitung Dresden-IV. Güterbahnhofstr. 2. Die "Arbeitszeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Betrieb besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugssatzes.

Ungelgenauigkeit: Die neuromal geplante Nummernzeile oder deren Raum 0,35 MM. für kommunale Anzeigen 0,20 MM. für die Zeitungszeile anschließend an den dreisprachigen Teil einer Zeitschrift 1,50 MM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-IV. Güterbahnhofstr. 2. Die "Arbeitszeitung" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Betrieb besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugssatzes.

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 15. Mai 1929

Nummer 111

Der Landesausschuß der SPD organisiert den Marsch in die Koalition

Dresden, den 15. Mai.

Wie wir bereits gestern meldeten, sind die sächsischen "linken" Sozialdemokraten eifrig dabei, den Marsch in den Koalitionskampf zu organisieren. Der am Montag zusammengetretene Landesausschuß der sächsischen SPD hat die ersten Vorbereitungen dafür insofern erledigt, als dort beschlossen wurde, einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu präsentieren. Nun ist das zwar nichts Neues, es war nach der letzten Landtagswahl die SPD als stärkste Partei und nicht einen Ministerpräsidenten vorschlagen zu können. Dennoch zeigt der Ton der SPD-Presse, daß es die Sozialdemokraten diesmal ernst ist mit ihrer Regierungsbereitschaft, oder besser, mit ihrer Bereitschaft zur Koalition mit den sächsischen Industriellen, daß das wiederum den linken antisozialistischen Phrasen verbrüder wird. So heißtt die Volkszeitung von gestern:

"Wie die Dinge auch immer laufen werden, damit, daß man die rechte Koalition verlangt, ist es unter keinen Umständen gelan. Wenn diejenigen Kreise, die heute im bürgerlichen Lager nach dieser Koalition rufen, wirklich wünschen, nunmehrrechte Tiere der Arbeiterschaft. Sie diesen Gedanken zu akzeptieren, so müssen sie erst einmal sagen, was sie der Sozialdemokratie dafür bieten, welche Zugeständnisse sie an die Arbeiterschaft machen wollen."

Es wird direkt erschütternd, daß die linke sozialdemokratische Presse heute bereits solch freche Schreibweise ihren Zuhörern liefern kann. Die Dresdner Volkszeitung fordert endlich das Bürgertum auf, die Arbeiterschaft oder nennenswerte Teile der Arbeiterschaft für den Gedanken der sozialen Arbeit mit ihr zu gewinnen. Diejenigen Leute, die gegen die antisozialistischen Renegaten die schärfsten Anschuldigungen wegen ihrer offenen Bereitschaft zum Zusammenstoß mit dem Bürgertum ausstießen, die Edel und Konföderen wagen es also, 2 Tage nach den beiden bereits von sich aus die politische Korruption der Arbeiterschaft zu propagieren und das Bürgertum zur Macht aufzufordern.

Ebenso provokatorisch ist die Formulierung von den Zugeständnissen an die Arbeiterschaft, oder besser, von dem Geschäftsanteil der Sozialdemokratie. Was diese Herrschaften unter Zugeständnissen an die Arbeiterschaft verstehen, das sollte man nun nochgerade erfahren haben. Ministerposten, seite Staatsbeamtenprämien und staatliche Korruptionsgelder für den Parteiapparat zum Kampf gegen die kommunistische Bewegung, das nur ist es, was die Sozialdemokratie als Zugeständnis an die Arbeiterschaft zu betrachten pflegt. Hebrigens wissen die Edel und Konföderen nur allzu genau, daß die sächsischen Industriellen und deren Parteien nur Korruptionsposten als Zugeständnisse an sogenannte Arbeitervertreter zu geben bereit sind und nur diese bei einem entsprechend guten Gegengeschäft geben werden.

Dieses Gegengeschäft aber heißt Anebung der sächsischen Arbeiterschaft, Erleichterung der sozialen und wirtschaftlichen Unterdrückungsaktion durch Mithilfe der Sozialdemokratischen Partei und ihres Funktionärapartes, testlose Unterwerfung unter das wirtschaftliche und politische Realisationsprogramm sächsischer Industrieller. Wir zweifeln nicht daran, daß die Sozialdemokratie noch etlichen Wenn und Aber mit einigen raffinierten Verwirrungs- und Lügenmanövern bereit sein wird, diesen schamlosen Weg der Koalierung mit dem Klassefeind nunmehr auch offen zu beschreiten. Der kommunistischen Partei erwächst die Aufgabe, diese Fragen vor der Arbeiterschaft klar zur Entscheidung zu stellen, so klar und eindeutig, daß der Marsch der "linken" sozialdemokratischen Partei in den Koalitionskampf von den Arbeitern beantwortet wird durch Bruch mit der SPD und durch Massenzustrom zur Kommunistischen Partei, die ein und allein die konsequente Kämpferin gegen die Koalitionskorruption des Bürgertums und des Reformismus, die alleinige Vertreterin der höchsten Grundzüge des Marxismus und des revolutionären Klassenkampfes war, ist und sein wird.

„Hier gut Freund!“

Reichsbannermann Gemeinhard von SPD-Schutzpolizisten erschossen?

Die Zögriegel-Polizei ermordete bei dem Blutbad unter der linken Arbeiterschaft als einen der ersten den sozialdemokratischen Reichsbannermann Gemeinhard. Die sozialdemokratische Lüppenpresse hat trotz bürgerlicher Augenwirksamkeit, u. a. in der "Frankfurter Zeitung", bisher die Zuliebe in das Gegeißel zu verdrehen versucht und die Schuld auf Kommunisten in die Schuhe geschoben. Aus zuverlässiger Quelle, aus langer Untersuchung, erfahren wir jetzt folgendes: Gemeinhards über die Vorgänge, die zur Ermordung Gemeinhards führten:

Als die Zögriegel-Soldaten am 1. Mai mittags 14.20 Uhr die Köllnische Straße mit dem Rufe stürmten: „Strafe frei! Kennst du mich gesehen?“ ran im Hause Köllnische Straße 19, dem 3. Decken, der SPD-Mann Gemeinhard zum Fenster herau und schrie den Polizeimannschaften zu, indem er herunter:

„Hier gut Freund!“

Naum hatte er ausgesprochen, knallten zwei Schüsse aus einem Revolverpistole. Gemeinhard fiel, mitten in den Kopf, auf das Fensterbrett und sank ins Zimmer zurück. Der Mord wurde an der Nordwand rechts vom Haustür an einer Stelle, als er den tödlichen Schuß nach oben abgab.

In der Nähe des Schießhelden stand der uniformierte Haupt-Schubertsch, ein organisierter Sozialist, wohnhaft in derselben Köllnischen Straße 19, bis 1914 Nationalrat auf der Polizeiwache Uferstraße. Dieser Schubertsch hatte sich selbst wie toll auf der Straße gehärtet und mit einer leichten Pistole abgedeckt. In größter Aufregung zog er den weiter mit der Pistole herumfuchselnden Polizeibeamten Häßler ins Gehirn gelöst hatte, weg. Denn Häßlers Vater ist ebenfalls Sozialdemokrat und Führer des lokalen Schubertsch-Kollegiums.

Der Schubertsch-Häßler und der andere, auch ein Sozialdemokrat, der den Gemeinhard erschoss, waren von der Stunde an aus der Köllnischen Straße verschwunden.

Häßler schuß jun. ist auch nicht mehr im Dienst auf der Wache, sondern anderswo hinzugekehrt; ebenso der Mörder. In der Schubertsch-Häßler-Vater aber hielt im Krematorium Friedhof Friedhof, und er möglic von der „verirrten Angestellten“, die dem Leben des Genossen ein Ende gemacht hätte.

Wie wir erfahren, haben sich mehr als 20 Zeugen gemeldet, die die Erschießung Gemeinhards durch die Polizei und die oben geschilderten Vorgänge bekräftigen wollen. Das ganze ein verhindernder Schlag gegen die sozialfascistischen Führer, gegen die Höring-Reichsbannergarde, die die schärfstesten Elemente für die Schutzpolizei stellt, und gegen die erbärmliche Lügenpresse, mit der SPD-Presse das Möhlbad Jörgeböls in eine Blutschuld der Kommunisten umzulügen versucht. Sozialdemokratisch organisierte Schutzpolizisten erschienen auf Befehl der Trustbossen und der sozialfascistischen Polizeipräsidienten ihre eigenen Parteigenossen. Kein ehrlicher Arbeiter kann dieser Mörderpartei mehr angehören. Nur in den Reihen der Kommunistischen Partei kann das vergossene Arbeiterblut gerächt werden.

Gesängnis für kommunistische Wahlagitator!

Leipzig, 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)
Der 4. Strafgerichts des Reichsgerichts hat gestern gegen den Schriftsteller Walter Schulz im Haftprüfungserfahren beschlossen, daß die Untersuchungshaft fortzudauern hat. Schulz wird beschuldigt, als Sekretär der Kommunistischen Partei bei den Reichstagwahlen im Jahre 1928 unter dem Wahlmaterial die Broschüre von Fritz Wiedemann "Die Geschichte eines Reichswehrsoldaten" sowie Klebezettel, welche das Wahlrecht für die Soldaten fordern, in einer Druckerei bestellt zu haben. Das Reichsgericht erblieb darin Vorbereitung zum Hochverrat und lehnte die Haftentlassung wegen Fluchtgefahr ab. Der Inhalt der Druckschriften enthielt nichts anderes als die Begründung der politischen Forderungen, welche die Kommunistische Partei für die Rechte der Reichswehrangehörigen im Reichstag gestellt hatte. Die Wahlagitator wird also mit Gesängnis bestraft.

Gemeinmördert Heines wird entlassen

Eine neue Justizschmach!

Stettin, 14. Mai. (Telunion.)
Der Strafgerichts des Oberlandesgerichts hat beschlossen, den Leutnant a. D. Heines, der in dem bekannten Gemeinmördertprozeß verurteilt worden war, gegen eine Kavution von 5000 Mark aus der Haft zu entlassen. Wie wir aus wohlunterrichteter Quelle erfahren, wird die Haftentlassung im Laufe der nächsten Tage erfolgen.

Reparationsverständigung Kriegsverständigung

Die letzten Verhandlungstage der Pariser Reparationskonferenz lassen mit aller Deutlichkeit erkennen, daß die Zeit der dramatischen Gesten der in die Welt hinausposaunten Krisen der vielen verworrenen gegenseitigen Erklärungsmanöver vorbei ist. Jetzt kommt es auf den Abschluß der Tagung, auf die Herausarbeitung der Grundlinie, an. Die deutsche Delegation erhält von dem Vorsitzenden der Konferenz Stamp die Erlaubnis, ihre Vorbehalte zu formulieren. Ein billiges Privileg verfügt, daß an der tatsächlichen Höhe der Zahlungen ebenso wenig etwas ändert wird wie die Diskussionen über die anderen noch schwelenden Teilstufen des Transfers, der Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und der Spezialpfänden, auf die Frankreich nicht verzichten will.

Für das Proletariat tritt die Bedeutung dieser Teilstufen vor der entscheidenden Regelung zurück. Es kommt auch nicht im mindesten darauf an, ob die Endregelung eine Zahlung vor sieht, die mit jährlich 1675 Millionen Mark beginnen wird und in 20 Jahren eine Höhe von 2350 Millionen erreichen soll, oder ob diese Zahlen in den weiteren Verhandlungen noch, wie dies wahrscheinlich ist, zu Ungunsten Deutschlands nach oben abgesenkt werden. Entscheidend ist die Tatsache, daß die internationale Einheitsfront gegenüber der Sowjetunion sich als stärker erwiesen hat als die Gegenseite zwischen den imperialistischen Gruppen. Entscheidend ist die Eingliederung Deutschlands in die Front des Weltimperialismus in einer viel stärkeren und schärferen Form als es bisher der Fall gewesen ist. Die bisherige politische Orientierung wird durch das Reparationsgeschäft, durch die Reparationsbank mit seinen singulären Klausuren gefestigt, in einheitliche organisatorische Formen gebracht.

Die endgültige Eingliederung Deutschlands in die Front des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion wurde finanziell betrachtet, von den Siegermächten mit einem Nachschlag der jährlichen Zahlungen erfaßt, der im Verhältnis zum ursprünglichen Angebot der Gläubigermächte 2-300 Millionen Mark betragen wird. Sicherlich war dies nicht das einzige und nicht das ausschlaggebende Motiv für die Annahme des Young-Plans. Entscheidend war vielmehr neben der Furcht vor einer Kreditblase die Hoffnung des deutschen Monopolkapitals auf ein anderes Reparationsgeschäft, auf einen anderen Dawesplan. Dieses andere Reparationsgeschäft soll das Rücklandgeschäft, dieser andere Dawesplan soll der Dawesplan für die Sowjetunion sein. Hier hofft sich die deutsche Kapitalistenklasse für das schlecht ausgefallene Reparationskompromiß „kompenieren“ zu können.

Ein solcher Dawesplan bedeutet selbstverständlich die größte Verschärfung der Kriegsgefahr. Der Arbeitervolk wird seine finanziellen Hoheitsrechte unter keinen Umständen preisgeben, wie es das kapitalistische Deutschland getan hat. Eine Dampferierung der Sowjetunion ist eine Vorbereitung der Intervention, — schon als bloßer Plan, schon in ihrer propagandistischen Form.

Das führende Organ zur Durchführung dieser Bestrebungen der imperialistischen Kriegstreiber soll die Reparationsbank werden, die in einer Beziehung die Erbherr des Komites der Rücklandgläubiger, dem bekanntlich auch deutsche Banken beigetreten sind, übernehmen wird. Der Kampf um die Führung der Reparationsbank zwischen Amerika und England wird nicht nur ein Kampf um die finanzielle Hegemonie überhaupt, sondern auch ein Kampf um die Führung der antisowjetischen Front werden. Wie sich Deutschland in diesem besonderen Kampf einstellen wird, ist noch eine Frage der Zukunft. Die Eingliederung in die allgemeine Kriegsfront gegen die Sowjetunion wurde aber in Paris durch die Zustimmung Schachts zum Young-Plan gerade in jenen Tagen vollzogen, wo Jörgiebel-Soldatesko in Berlin wütete, die Malchinengewehre gegen die Arbeiterviertel in Bewegung gebracht wurden, der Rote Frontkämpferbund unter lärmerlichen Normändern verboten wurde und auf höhern Wink das wilste Geheue der gesamten bürgerlich-sozialdemokratischen Presse gegen Moskau einsetzte.

Es folgt noch das übliche Thoater. Die bürgerliche Presse wird noch über die „untragbaren Bedingungen“ schwärzen, die französischen, belgischen und englischen Regierungen und Sachverständigen werden noch mit einigen „Krisen“ drohen, um ihre besonderen Forderungen bei der Verteilung der Reparationszahlungen durchzusetzen. Vielleicht werden Frankreich und Belgien neue Vorbehalte erheben und die bürgerliche Presse wird von neuen „Gefahren“, die der Einigung drohen, reden. Der bisherige Verlauf der Reparationskonferenz zeigt zur Genüge, was man von diesen „Gefahren“ halten muß. Nicht die Konferenz ist in Gefahr, die Konferenz ist jedost die Gefahr. Sie bedeutet die Verschärfung der Kriegsgefahr, den neuen Schritt der Einigung der Imperialisten aller Länder gegen die Sowjetunion. Die Forderung der „Deutschen Vergleichszzeitung“ nach dem Bruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau ist die Begleitmusik zu den Verhandlungen zwischen Schacht und den rheinisch-westfälischen Industriekarren in Essen über die Reparationsstage.

Fragwürdige Einloungsverhandlungen

Paris, 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Dr. Schacht und Sir Josia Stamp haben gestern weiter über den zweiten Entwurf des Konferenzberichtes an die Regierungen verhandelt. Die Arbeiten werden fortgesetzt und man hofft, daß im Laufe der gestrigen Nacht so weit geördert zu haben, daß vielleicht schon heute die Beratung des Entwurfs an die Vollversammlung der Sachverständigen möglich ist. Zur Stunde haben die Sachverständigen noch nicht für alle wichtigen Punkte eine geeignete endgültige Formulierung gefunden und es bleibt vorläufig zweitthalb, ob sie einen Entwurf vorlegen können, in dem alle zum Komplex der Reparationsregelung gehörenden Fragen behandelt sein werden, oder aber ob sie sich damit begnügen müssen, einige Punkte zurückzuhalten und den Bericht der Vollversammlung unvollständig zu übergeben.

Die Einigung zwischen Dr. Schacht und Stamp über die Formulierung des Verhandlungsentwurfs bedeutet, wenn sie zustandekommen sollte, noch keinesfalls eine Einigung zwischen den beiden Sachverständigen oder ihrer Delegationen über den materiellen Inhalt des von ihnen gemeinsam abgefaßten Entwurfs. Nach dem heutigen Stand der Verhandlungen besteht noch kein Grund dafür, einen Erfolg der Konferenz vorauszusehen.

SPD-Minister in Preußen für Lockerung der Wohnungswangswirtschaft

Berlin, 15. Mai. (Eig. Drahtmeldung.)

Die preußische sozialdemokratische Koalitionsregierung hat eine neue Verordnung zur weiteren Lockerung der Wohnungswangswirtschaft erlassen. Die Verordnung sieht vor, daß künftig als Gemeinden ohne Wohnungsmangel die Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohnern gelten sollen, bisher 4000. Von der Wohnungswangswirtschaft befreit werden jerner alle Berliner Wohnungen mit einer Friedensloge von 2400 Mark, darüber 3000 Mark. Für die übrigen Ortschaften gelten entsprechend geringere Summen, für die Orte der Sonderklasse 1900 Mark, für die Orte der Ortsklasse A 1400 Mark, für die Orte der Ortsklasse B 1000 Mark, für die Orte der Ortsklasse C 600 Mark und für die Orte der Ortsklasse D 400 Mark.

In der gebrachten Sitzung des preußischen Staatsrates gestalteten sich die sozialdemokratischen Vertreter die Demagogie, gegen diese Verordnung ihrer parteigenössischen Minister zu stimmen.

Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn

Die Opposition marschiert!

Die Verbandsbureaucratie versucht Verwirrung in den Reihen der Eisenbahner anzurichten

Die Wahlen für die Eisenbahnerbetriebe lädt zeigen überall ein gutes Resultat für die revolutionäre Opposition. Auf der Bahnmutterei Dresden erhalten die Reformisten 28 Stimmen, die Opposition 14 Stimmen.

In der Betriebsverhältnisse Hauptbahnhof Chemnitz verteilen sich die 121 abgegebenen Stimmen wie folgt: die Liste des Einheitsverbandes der Eisenbahner erhält 108 Stimmen, die Liste der revolutionären Opposition 13.

In der Bahnmutterei Burgstädt ist das Verhältnis 40 Stimmen für die Oppositionsfamilie, 6 für den Einheitsverband.

In dem gewinnlosen Betriebsteil der Bahnhöfe Burgstädt, Leisnig, Wittenberg wurden für die Liste der Opposition 27 Stimmen abgegeben. Der Einheitsverband erhält 16 Stimmen und die C.P.-Liste 11 Stimmen.

Mannheim, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der am 13. Mai d. J. stattfindenden Betriebsratswahl der Dienststellen des Bahnbetriebswerkes Mannheim (Personenbahnhof) haben von 307 Wahlberechtigten 224 abgestimmt. 11 Stimmen waren ungültig. Von den 213 gültig abgegebenen Stimmen entfielen:

Auf die Liste des "Einheitsverbandes":
a) für den örtlichen Betriebsrat 112 Stimmen
b) für den Bezirks-Betriebsrat 113 Stimmen
c) für den Haupt-Betriebsrat 87 Stimmen

Auf die Liste der "Gewerkschaft deutscher Eisenbahner":
a) für den örtlichen Betriebsrat 70 Stimmen
b) für den Bezirks-Betriebsrat 70 Stimmen
c) für den Haupt-Betriebsrat 70 Stimmen

Auf die Liste der "revolutionären Opposition" entfielen für den Hauptbetriebsrat 56 Stimmen.

SPD als Schirmacher der indirekten Steuern

Berlin, 15. Mai. (Eig. Bericht.)

Auf der Vordereitung der Dienstags-Sitzung des Reichstags steht die zweite Beratung der Novelle zum Branntweinmonopol. Durch die Vorlage soll das Reich 90 Millionen Mehreinnahme erzielen, und zwar durch einen Aufschlag beim Branntwein und eine Besteuerung des Branntweins zur Herstellung von Heilmitteln. Desgleichen enthält die Vorlage weitere Verschärfungen für die Kleindreher.

Sagt die kommunistische Fraktion spricht

Gruß Göllein

Der gegenwärtige Finanzminister, Herr Hilserding, entpuppt sich mit jedem Tage mehr als der Finanzminister der Trustbourgeoisie. Seitdem er am Ruder sitzt, hat er der Bourgeoisie einen Gefallen nach dem anderen getan. Ich ziehe kurz auf: den Beitrag mit der Wohnungserlösung, den Bezug auf die Besteuerung der Toten Hand, den Bezug auf die Durchführung des Reichsvermögenssteuergesetzes, das Steuervereinfachungsgebot, das lediglich dem Trustkapital Erleichterungen bringt. Das sind einige Grenzen des Herrn Hilserding's Politik. Bei der Erörterung des Hilserding auf die Erhöhung der Besteuerung verzichtet, da gegen über die Sozialausgaben erheblich zusammengestrichen. Die größte Sorge des Herrn Hilserding ist die Förderung und Beschleunigung der Kapitalakkumulation bei den Trustmagnaten. Der sozialdemokratische Finanzminister hat erst wieder gestern begründet, warum er den bestehenden Steuererleichterungen und Steuerbefreiungen zugestehen müßt. Heute aber holt es Herr Hilserding nicht für notwendig, zu sprechen. Das ist wahrscheinlich für ihn unangenehm, vor aller Öffentlichkeit als Verbündeter für die Bestenerzung des Alkohols aufzutreten. Ich erinnere mich noch, daß die Sozialdemokratie vor dem Krieg in ihrer Wahlpropaganda gegen die Kaiserliche Regierung sich besonders gegen die Schnapsbesteuerung wandte. Das war einmal (Heiterkeit.) Über Herrn Hilserding's Wandlungsjährligkeit wundert sich in diesem Hause wohl kein Mensch mehr. 1920 rief dieser Hilserding noch zum bewussten Ausstand gegen die Bourgeoisie auf, und jetzt ist er der beste Steuerhindernis derselben Klasse, die er damals fürchten wollte. (Heiterkeit. Sehr gut b. d. Komm.) Aber Herr Hilserding ist jetzt nicht nur für die erhöhte Schnapsbesteuerung, er stimmt auch

in der Regierung für Erhöhung des Auferzolls, für eine gewaltige Besteuerung wichtiger amerikanischer Fleischprodukte und für den erhöhten Zoll auf Schmalz.

Die Regierungsvorlage des Herrn Hilserding wollte aus den bisher ermöglichten Branntweinaufschlag für die Kleindreher befreien, und es hat im Ausschuß dieser Kampf gedurft, um die Sozialdemokratie von ihrem brutalen Standpunkt abzubringen. Eine besondere üble Rolle spielt auch das Judentum bei dem Geiste. Hier im Plenum hat man ölige Reden arten, aber der Zentrumsfinanzminister a. D. Dr. Köhler, was in Wirklichkeit der Vater des Entwurfs für das Schnapsmonopol.

Die Kommunisten haben eine Reihe von Anträgen gestellt, für die schlechterdings alle diejenigen stimmen müßten, die hier so warme Worte über die Not der Kleindreher sprechen. Wir sind grundlegende Gegner der Erhöhung der Branntweinsteuern. Wir fordern für den gesamten Branntwein, den die Kleindreher mit einer Jahreserzeugung bis zu 4 Hektoliter Wein zu stellen, die Vergünstigungen, die man einseitig nur für Branntwein aus Steinöfen, Bieren und Enzian gewähren will. Die neue Steuerausplunderung, die Herr Hilserding nicht vornimmt, wird ihre Wirkung auf die breiten Massen drausen nicht verschleiern.

Nach der Rede des Genossen Hölllein meldete sich noch rasch der sozialdemokratische Redner zum Wort, der vor Verleumdung nur seine Antizipationen zu drohen begann.

In der Abstimmung werden alle kommunistischen Anträge abgelehnt, und zwar in der Einheitsfront von Sozialdemokraten bis Deutschnationalen. Die dritte Beratung des Gesetzes und die Endabstimmung findet Mittwoch statt.

Unterschlagungen im norwegischen Finanzministerium

Kopenhagen, 14. Mai. (Telunion)

Vor etwa einem Monat wurde nach Meldungen aus Oslo im norwegischen Finanzministerium ein Posten von Staatsobligationen für 3000 Pfund Sterling vermisst. Es wurden eine Reihe von Nachforschungen angestellt mit dem Ergebnis, daß die Obligationen in der Wohnung eines Ministerialbeamten gefunden wurden. Gleichzeitig wurde eine Prüfung der Bücher durchgeführt, die ergab, daß der Beamte sich bereits früher Obligationen für insgesamt 60 000 Kronen angeeignet hatte, die er unter falschen Namen bei verschiedenen Banken zu Geld machte. Die Beiträge, die er sich auf diese Weise angeeignet hatte, hat der ungetreue Beamte nach eigenen Angaben für Geheimäfte verwendet, die er neben seiner Stellung betrieb. Der Beamte wurde sofort wegen Fälschung, Bezug und Unterschlagung verhaftet. Er jedoch gegen ihn Anklage erhoben wird, soll er auf seinen Beifall zustand unterrichtet werden. Bei den Obligationen handelt es sich um bereits eingelöste Obligationen, also in Wirklichkeit wertlose Papiere.

Einstein verzichtet

Berlin, 14. Mai. (Telunion.)

Professor Einstein hat, wie das Berliner Tageblatt meldet, vor einigen Tagen einen Brief an Oberbürgermeister Böhmer gerichtet, in dem er mitteilt, daß er angejagt ist der nächsten Vorcommisssion jegliches Geschäft der Stadt Berlin abzulehnen müsse. Professor Einstein hat den Oberbürgermeister gebeten, Weisung zu erteilen, alle Bemühungen um die Beschaffung eines Ruheheimes einzustellen. In seinem Brief an den Oberbürgermeister soll der Gelehrte darauf hingewiesen haben, daß das Leben zu kurz sei, und die Angelegenheit seines Ehrengeistes ihm schon zu lange gedauert habe, als daß er es jetzt noch annehmen könne.

Bravo! Der große Gelehrte hat Recht, wenn er auf Gnadengehenke, die so offensichtlich widerwillig gegeben werden, demonstrativ verzichtet!

Bom Tage

Hauseinsturz in Hamburg

II. Hamburg. In der Schmedestraße häuft gestern abend ein vierstöckiges unbewohntes Geschäftshaus aus bisher noch ungeläufiger Ursache zusammen. Das ganze Gebäude ist in einen Schutt haufen verwandelt worden, indem nur noch die Umfassungsmauern stehen geblieben sind. Ein Wächter wurde verschüttet und hat Verletzungen davongetragen.

Schweres Automobilunglück auf der Heerstraße

II. Berlin. Auf der Heerstraße nach Spandau ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Automobilunglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Automobil raste beim Überholen mit einem Motorradfahrer zusammen. Das Motorrad wurde durch die Gewalt des Aufpralls gegen einen Baum geschleudert. Fahrer und Begleiter waren auf der Stelle tot. Der Fahrer des Automobils erlitt ebenfalls Verletzungen.

Eisenbahnglücks in Oberitalien

II. Mailand. Dienstag nach ereignete sich in der Bahnhof San Giorgio di Nogaro ein Eisenbahnglücks. Ein aus Udine kommender Personenzug entgleiste aus bisher unbekannten Gründen. Die zwei letzten Wagen des Zuges stürzten über eine mehrere Meter hohe Böschung hinab und wurden zertrümmt. Aus den Trümmern des Wagons wurden ein Toter und sieben Schwerverletzte geborgen.

76 tschechoslowakische Soldaten an Gleisvergilbung erkrankt

II. Prag. In Neubüchsen in der Slowakei erkrankten am Sonntag 76 Soldaten der Garnison unter Anzeichen einer Gleisvergilbung. Der erste Fall ereignete sich auf einem Fußballdort. Ein Soldat, der sich unter den Zuschauern befand, stürzte plötzlich zusammen und wurde ins Krankenhaus gebracht. Ebenso ergaben es weiteren sieben Soldaten auf dem Fußballdort. Zwischenwaren in verschiedenen Stadtteilen noch andere Soldaten erkrankt.

19 Häuser durch Großfeuer vernichtet

II. Warschau. Am Montag sind in der Ortschaft Golonice bei Warschau 19 Häuser von einem Großfeuer vernichtet worden.

Überflutung in Texas

II. London. In Texas ist eine neue schwere Überflutung eingetreten. Wie aus Lamont berichtet wird, sind in dem dortigen Gebiet durch Überflutung bereits sehr große Schäden angerichtet worden. Mit Sicherheit steht bisher fest, daß 4 Personen ertrunken sind, doch befürchtet man, daß die Zahl der Opfer dieser Katastrophe beträchtlich höher sein wird. Viele Familien mußten in überstürzter Flucht ihr Heim verlassen.

Verband für Freidenkerum. Alle kommunistischen Freidenkerfunktionäre von Dresden müssen heute Abend zu einer wichtigen Besprechung im Restaurant Frieden, Theaterstraße 20 Uhr erscheinen.

Dramatisches Bericht. Im politischen Zeitung "Richtung: Große Koalition" der Arbeitersinnung von gestern (Nr. 110) haben sich zwei hervorragende Dramatiker eingeholt. Auf der ersten Seite, erste Spalte, 21 Zeilen von unten, steht es richtig: gegenwärtig antizipiert gründlich, und auf der selben Seite, zweite Spalte, zweite Zeile, muß es richtig heißen: Lipinski anstatt Grzelinski.

Steigender Terror im Reiche

Die Dampfer, eine Wunderspartasse der Jugend waren politisch verdächtig.

Die Roten Tage in Stuttgart, Hamburg und Bremen verboten

Stuttgart, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Die württembergische Regierung hat den nach Stuttgart einberufenen Roten Tag zu Pingsdorf verboten mit der Begründung, daß dieser Rote Tag einen Ertrag darstelle für das jüngste Reichstreffen des RFB in Hamburg. Die Kommunistische Partei hat den Roten Tag nunmehr nach Ehingen einberufen. In der Zeit vom 17. bis 21. Mai hat die württembergische Regierung alle Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen in geschlossenen Räumen in Stuttgart verboten.

Bremen, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Koalitionsrat, in dem 5 Sozialdemokraten sind, hat den Roten Tag zu Pingsdorf in Bremen verboten.

Hamburg, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Der hamburgische Koalitionsrat hat einen an ihn gerichteten Antrag der Kommunistischen Partei des Bezirks Wasserstadt, der von ihm fordert, am 1. Pfingsttag die Sportstätte für einen Aufmarsch zu überlassen, abgelehnt. In der Begründung heißt es, daß die Veranstaltungen der Kommunistischen Partei als eine Umgehung des verbotenen Pfingsttagsmarsches des RFB anzusehen sind.

Severings Befehl: "Reichsverbot des RFB" wird durchgeführt

Berlin, 15. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem die Regierungen von Baden und Thüringen den sozialdemokratischen Auftrossungen schon am Donnerstag gefolgt waren und den RFB verboten hatten, ist nunmehr das Verbot auch in Württemberg, Lübeck und Bremen erfolgt.

Kontrollverbot auch in Anhalt beschlossen

TU Dessau, 15. Mai.

Wie die Telegraphenunion hört, hat jetzt auch das anhaltische Staatsministerium das Verbot des Roten Frontkämpferbundes für Anhalt beschlossen, nachdem die Abstimmung bekannt geworden war, die ursprünglich für die Pfingstfeier in Hamburg geplanten Roten-Frontkämpfer-Tage in Dessau abzuhalten.

Zwei Kriegsfronten

Die außenpolitischen Hintergründe des RFB-Berbots

Zeichen und Zusammenhänge:

Zehn Jahre fordert der Westimperialismus das Verbot des RFB-Kämpferbundes. Als vor Jahresfrist der Innenminister des Bürgerblocks v. Neudell den RFB verbieten wollte, tat die Weltwürde enthalten, daß der Schrift Neudells auf die Abrogation des englischen Botschafters erfolgte.

Von drei Monaten fanden in Paris unter der Maske der politischen Diskussionen über die Reparationsfrage zwischen den Bevölkerungen der Siegermächte und des deutschen Imperialismus wichtige Geheimverhandlungen statt. Die deutschen Vertreter wünschten die Bereitwilligkeit der Koalition zu einer ernsthaften Unterstützung der Antisowjetfront nicht nur durch Worte, sondern durch Taten beweisen. Das geschah, wenn es die sozialdemokratischen Minister zu einem „Durchbruch“ gegenüber den revolutionären Arbeiterorganisationen wünschten. Auf Pariser Wink hat Gruski seiner bekannten Pläne, die eine Aufforderung zum Verbot der KPD und des RFB und eine direkte Aufforderung zum Verbot der Maldeutschen war, publiziert.

Damals wurde in den Geheimberatungen zwischen Koalitionsregierung und Preußengouvernement der Plan des RFB-Berbots erarbeitet. Dort richtiger gezeigt: Damals wurde die Durchsetzung dieses alten Planes beschlossen.

Der RFB wird verboten, weil er die Verteidigung der Sowjetunion des Vaterlandes aller Werktagen, als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet.

Der RFB wird verboten, weil er eine Kampforganisation gegen den imperialistischen Krieg ist.

Bei diesen Gründen verfolgt der Westimperialismus den RFB alle Jahren mit militärischen Habs. Aus diesem Grunde können die sozialdemokratische und bürgerliche Presse in Deutschland ein Jedes einen bedeutenden Verleumdungsfallzug um den RFB-Kämpferbund. Der RFB wird verboten, wo in Paris die deutsche Bourgeoisie gegen die Durchsetzung der Reparationszahlungen um einige hundert Millionen Mark die Verpflichtung übernahm, die Amtszeit der Reichsregierung gegen die Sowjetunion aktiv zu unterstützen. Die Unterdrückung der revolutionären Organisationen in Frankreich ist eine der unerlässlichen Bedingungen für den Krieg gegen den Arbeitervaat. Die Bourgeoisie weiß dies sehr gut und offen, daß das Verbot des RFB auch auf „außenpolitische Erwägungen“ zurückzuführen ist (Berliner Tageblatt).

Hier nicht nur die außenpolitische, auch innenpolitische Feinde führen zum Grundsatz-Verbot. Zweifellos! Das Verbot des RFB bedeutet auch innenpolitisch eine Stärkung der Kriegsfront. Eine Stärkung der deutschen Bourgeoisie und ihrer Kriegsfront gegen das deutsche Proletariat sowie das Verbot außenpolitisch geladen eine Stärkung der internationalen imperialistischen Kriegsfront gegen die Sowjetunion darstellt.

Der RFB ist eine Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats. Er ist eine Waffe des Proletariats im Kampf gegen den Faschismus. Seit seiner Gründung hat der RFB im Kampf gegen den Faschismus auf der gesamten Linie zu seinem Erfolg geführt. Das Proletariat hat in unterschiedlichen Fällen, auf der Straße, in den Versammlungslosalen, bei den großen Wahlkampagnen, beim Volksentscheid für Zurückhaltung erlebt, daß der RFB die werktätige Bevölkerung und den katholischen Terror schlägt. Besonders auf dem flachen

Landen haben die Aufrührer des RFB dem ländlichen Proletariat gegen den junfernlich-faschistischen Stahlhelmterror Schutz und Hilfe geboten.

Und weil der RFB den Kampf gegen imperialistischen Krieg und gegen Faschismus unter der politischen Führung der Kommunistischen Partei Jahre hindurch mutig und unerschrocken geführt hat, wird er von den Sympathien der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung umgeben. Wer das Berliner Pfingsttreffen des letzten Jahres erlebt hat, wo eine halbe Million Berliner Arbeiter dem RFB zujubelten, wird den Eindruck mitgenommen haben, daß diese Organisation von der gesamten Arbeiterchaft als Blut von ihrem Blute, Fleisch von ihrem Fleische empfunden wird.

Den RFB zu verbieten, heißt das Proletariat in Stadt und Land demoralisieren wollen. Den RFB zu verbieten, bedeutet, die Arbeiterbevölkerung dem sozialfaschistischen Polizei- und Stahlhelmterror in den Städten, dem Stahlhelmterror auf dem Lande auszuliefern. Auch hier zeigt sich die werdende, sich immer stärker entbahende Einheitsfront der Schwarzweizergrenzen und schwarzgoldenen Organisationen und Instanzen in der Form einer „Arbeitsteilung“ der Arbeitermörder.

So verbinden sich die außenpolitischen und innenpolitischen Gründe zum Verbot des RFB zu einem einheitlichen Ganzen. Die zwei Kriegsfronten sind in Wirklichkeit ein und dieselbe Front. Die Front der Konterrevolution gegen die Revolution. Hunderttausende haben beim letzten Pfingsttreffen des RFB mit

den Soldaten der roten Klassenfront zusammen das Gelöbnis der Roten Frontkämpfer wiederholt: „Ich gelobe, immer ein Soldat der Revolution zu sein.“ Millionen haben mit ihnen zusammen durch ihre Abstimmung bei den Reichstagswahlen befunden, daß sie mit den Zielen, mit dem Kampf der Roten Klassenfront einverstanden sind und in der Kommunistischen Partei ihre politische Führung im Roten Frontkämpferbund, der Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats erblicken.

Diese Hunderttausende aktiver Klassenkämpfer, diese Millionen Werktagen werden ebenso treu zum RFB stehen, wie der RFB zum deutschen Proletariat steht. Kein Verbot, keine Unterdrückung kann dieses Schuh- und Trutzbündnis lösen. Der RFB darf nicht verboten werden, wenn das deutsche Proletariat nicht selbst entscheidend geschlagen und niedergedrängt werden soll.

Will die Arbeiterschaft gegen Faschismus und imperialistischen Krieg kämpfen, und sie muß es unter Gefahr des eigenen Unterganges tun, dann gibt es nur einen Weg, den Weg der roten Klassenfront, den Weg der proletarischen Revolution. Deshalb fordern die Millionenmassen heute die Aushebung des schändlichen Verbots des RFB, deshalb erklären sie, daß sie die Schutz- und Wehrorganisation des deutschen Proletariats nicht unterdrücken lassen. Deshalb stoßen zu den Raden der roten Klassenfront immer neue Massen der klassenbewußten Arbeiterschaft, die vom Rat der Partei des Arbeitermordes angefeuert, mit dieser den Bruch vollziehen.

„Um die Wand mit der KPD!“

Philipp, der Duldsame

Die wachsende Empörung der Arbeiterschaft über das Mainblutbad des Polizei- und Sozialfascismus lädt die sozialfaschistischen Führer zwecks Ableitung von ihren Schänden eine Attacke nach der anderen gegen die KPD und den Bolschewismus reiten. Es genügt ihnen nicht bloß, daß sie in der sozialdemokratischen Presse ihre Schmutzhübel über die revolutionäre Arbeiterschaft und die Sowjetunion ausspielen, sondern laut „Ullstein-Post“ öffnen sich den sozialfaschistischen Führern auch bereitwillig die Spalten der bürgerlichen Boulevardpresse. Ausgerechnet Herr Scheidemann, der „Philipp mit der verdorbenen Hand“, sieht diesmal das Schimpftreppchen gegen die Sowjetunion im „Acht-Uhr-Abendblatt“ vom Freitag abend und gerichtet u. a. gegen das „bolchevistische Rußland“:

„...da bleibt sowohl zur Abwehr wie zur Errreichung bestimmter politischer Ziele auch nur die Gewalt übrig.... Die bolchevistische „Freiheit“ unterscheidet sich von der zaristischen nicht sehr wesentlich, auch wird nicht mehr gehängt, sondern nur noch an die Wand gestellt. Wenn gegen diese astatischen Zustände eines Tages von dem gekrüppelten russischen Volk mit Gewalt vorgegangen werden sollte, so wäre das durchaus verständlich, denn „wenn der Gedanke nirgends Rechte kann finden...“

Diese Heile, die den gegenrevolutionären Aufstand und den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion fordert, ist nicht besonders neu. Scheidemanns Genosse Kautsky vertritt schon seit Jahren mit aller Kraft diese These. Daß der Sozialfascist Scheidemann sie heute verstärkt propagiert, ist nur der Ausdruck dafür, daß die gesamte sozialfaschistische Führungskräfte stärker denn je mit der Trustbourgeoisie verschlappt ist und alle ihre Befehle durchführt. Herr Scheidemann besagt sich, daß in der Sowjetunion die Bourgeoisie und Konterrevolutionäre seines Schlages

an die Wand gestellt werden. Nun, die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands versteht diese Maßnahmen der proletarischen Diktatur.

Der Zweck des Scheidemannischen Artikels ist aber zugleich der, die Koalitionsregierung und ihre sozialdemokratischen Minister zu noch schärferem Vorgehen gegen die KPD und die revolutionäre Arbeiterschaft anzuhorten. Und Scheidemann schreibt:

„Wenn in Ländern, in denen die Freiheit gejagt ist, wie in Rußland und Italien, die Gewaltanwendung zur Errreichung besserer politischer Verhältnisse psychologisch begreiflich, so ist jeglicher Verlust, die Staatsform gewaltig zu ändern, überall dort ein Verbrechen, wo demokratische Rechte, gleich für alle, eine Selbstverständlichkeit geworden sind.“

Unter diesen Ländern rechnet Philipp selbstverständlich Deutschland. Denn „in der deutschen Republik geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Wir haben vollkommene Freiheit in Wort und Schrift (!), für alle begrenzt nur durch das Strafrecht.“ — Das muß ein „Sozialdemokrat“ den deutschen Arbeitern vorausgeauft, nachdem am 1. Mai Jörgiebel mit seinem Blutbad unter den Berliner Arbeitern diese Demokratie und das „gleiche Recht für alle“ in eindeutigster Form demonstriert hat. Scheidemann nennt zum Schlus das Auftreten der revolutionären Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie und den Polizei- und Sozialfascismus „Freiheit und Hochverrat“, und mit einem deutlichen Wink an die Koalitionsregierung und Soering weist er demagogisch auf die Sowjetunion hin und erklärt:

„Der Kerker, die Verbannung oder die „Wand“ wären ihnen gewiß.“

Die revolutionäre Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß zur Zeit Herr Scheidemann an die Wand kommt.

gegen Experimente lehren. Uns erscheint die viele Mühe, die Giesen, Chrhardt, Bulsch, die Chôte, Decarli, Antonia Dietrich, Eric Ponto, Elsa Stünzner, Ermold, Lorenz (um wenige Namen zu nennen) aufgewendet haben, doch nicht ganz umsonst.

Das Original von „Boris Godunow“

Borj ungefähr acht Jahren begann der große Mussorgskij-Kenner P. A. Lamm an der Wiederherstellung des Originals der Oper „Boris Godunow“ zu arbeiten. Als Ergebnis dieser wirklich bewunderungswürdigen Arbeit gelang es ihm, alle Ausschüttungen und Aktionen, die stattgefunden haben, wieder herzustellen, alle Autographen des Originals zu untersuchen und alles zu einem Ganzen zu gestalten und so die bestehenden Klavierauszüge der Oper mit bisher unpublizierten Bildern, Szenen, Fragmenten und Varianten zu ergänzen. Dieser von L. Lamm im Staatslichen Musikverlag herausgegebene Klavierauszug ist die einzige Wiedergabe der geläufigen schöpferischen Arbeit Mussorgskis an der Oper „Boris Godunow“. Der mit großer Sorgfalt und Geschick befohlene Abbildung kann als ein Meisterwerk unseres Notendruckes betrachtet werden. Es ist zu vermuten, daß mit dem Erscheinen dieses Klavierauszuges eine neue Ära des Studiums Mussorgskis und seines musikalisch-dramatischen Schaffens beginnen wird. Erwähnt sei noch, daß gleichzeitig mit der Ausgabe in Moskau der Universitätsverlag von Oxford dieses Werk publiziert hat.

Stellt man das Original von „Boris Godunow“ der Redaktion, mit der diese Oper bis jetzt aufgeführt wurde, gegenüber, so kann man ohne Mühe feststellen, daß die echte Oper den Eindruck einer größeren dramatischen Geschlossenheit und und größeren Kühlheit in der Verwendung der Farben und Ausdrucks möglichkeiten besitzt, als es in der Redaktion Korolows der Fall ist, der viele der ursprünglichen Kühlheiten des Originals gemildert hat. Ein völlig anderes Bild erhält jetzt die zentrale Figur, der Held Boris Godunow. Sein Bild kommt jetzt viel vollständiger zum Ausdruck, er ist nicht so sehr eine Einzelfigur, wie wir es bisher in den Opern sahnen, als ein ausgesprochenes Staatsmann, der in dem Sumpf des alten russischen Lebens versinkt. Ferner sahnen wir noch bis zur letzten Aufführung der Oper durchaus nicht eine der bemerkenswertesten Szenen der Oper, nämlich den Aufstand des Hungers und des Volkes vor der Basilius-Kathedrale. Diese Szene kann uns jetzt umfassend damit bekannt machen, welche große Rolle Mussorgskij den Volksmassen in der ursprünglichen Fassung der Oper gegeben hat.

So ist jetzt nach 60 Jahren endgültig „Boris Godunow“ in einer dem großen Komponisten gerecht werdenden Form wieder hergestellt. Die Wege, die er einschlug, waren zu führen, zu herausfordern gegenüber den feststehenden Traditionen, und dieser geniale Musiker mußte ein ganzes halbes Jahrhundert den Ruf eines ungebildeten, unwissenden Komponisten tragen.

Real G. Marx, 1929

Jürg Jenatsch (nach E. F. Meyer)

Ein Drama von Heinrich Kaminski. Uraufführung Staatsoper Dresden, 27. April 1929.

Staatspolitik hinderte uns, früher zu diesem Werk Stellung zu nehmen. Tagesspolitische Kämpfe beanspruchten den Raum, ebenso wie in Betrachtungen der weltpolitischen Perspektiven im Krieg Jürg Jenatsch hätte Verwendung finden können.

„Die Menschheit große Gegenstände“ sind Hebel und Achse des Dramas, neue Wege zu Kraft und Schönheit des Opernspiels werden beobachtet, und schon deßhalb kann man diesem alten Schauspiel Heinrich Kaminskis nicht ableidend gegenüberstehen. Wer das Ziel will, muß auch den Ressorten der Bourgeoisie und der Bourgeoisie- und Trustbourgeoisie verschlungen, auf jedes Geschick umfaßt, eine Einheit, die sogar das, was Jürg Jenatsch war, zurückführt auf den eigentlichen Sinn: „Kraft über dramatische Kräfte zu sein.“ Nun, wir könnten wissen müssen, daß diese Einheit nicht von uns aus gehörigen Angehörigen der Bürgertasse hervorgerufen werden kann. Wir wissen, daß diese Einheit nur durch den Arbeitervaat und durch den Arbeitervaat werden kann von einem Angehörigen der kleinen bürgerlichen Gesellschaft. So zeigt sich denn, daß dem Ressorten Kaminskis die Kraft zur Ausführung mangelt. Das Stoffe soll hierbei nicht die entscheidende Rolle spielen. Aber Stoff dramatisiert, sondern das Drama soll durch einen Stoff Einfüllung, Bestimmung werden. Soll... werden wir denken, es nicht, oder doch nur zum Teil. Im Gegenteil: Der Stoff hat das Drama überwältigt. Jürg Jenatsch bleibt im Schatten von Conrad Ferdinand Meyer. Die großgeführte, plakative und feinfühlige Sprache der Erzählung Jürg Jenatsch“, der Schriftsteller des Schmerz- und Reformationsstaples malt, wird unter Jürg Jenatsch wieder zum mittelalterlich gezeichneten Schauspiel. Die jungen protestantischen treten im Drama nirgends plakatisch hervor, ebenso nicht die Menschenrechte Erzählung kennt und die Geschichte des Kastells unter Rechteinfluss studiert hat, weiß mit dem

Jürg Jenatsch, ein protestantischer Präsident (Geistlicher) bedient vorzüglich ins Rollen, als die Katholiken die protestantischen Kirchen, um an ihnen eine zweite Bartholomäusnacht zu vollführen. Deßhalb wird von ihrem eigenen Bruder, dem protestantischen Weise, der von ihrem eigenen Bruder, dem protestantischen Weise, erzählt. Jenatsch der Prediger wird Kämpfer und Schriftsteller in der Haust. Als Führer rebellischer Massen bringt er bei dem Vater seiner Jugendgenossen Lukrezia, bei dem protestantischen Protestantismus in Prinzip des Aufstandes, auch gegen die politische Autorität Recht und Besitz, versteht sich von selbst, muß

den Katholizismus im Kanton Bünden. Die Lamine beweist vorzüglich ins Rollen, als die Katholiken die protestantischen Kirchen, um an ihnen eine zweite Bartholomäusnacht zu vollführen. Von ihrem eigenen Bruder, dem protestantischen Weise, der von ihrem eigenen Bruder, dem protestantischen Weise, erzählt. Jürg Jenatsch der Prediger wird Kämpfer und Schriftsteller in der Haust. Als Führer rebellischer Massen bringt er bei dem Vater seiner Jugendgenossen Lukrezia, bei dem protestantischen Protestantismus in Prinzip des Aufstandes, auch gegen die politische Autorität Recht und Besitz, versteht sich von selbst, muß

Haben Sie schon mal...?

Von Theobald Tietz

Haben Sie schon mal, Herr Landgerichtsdirektor,
als Gefangener eine Nacht durchwacht?
Haben Sie schon mal vom Herrn Inspektor
einen Tritt bekommen, das es kommt?
Standen Sie schon mal, total verängstigt,
vor dem Thür, wo einer unterjudungstrichtert?
Ihnen ist das bis zum Ruhesstand
dienstlich nicht bekannt...

Haben Sie schon mal acht heiße Stunden
ein Verhör bestanden, das Sie nicht vertragen?
Haben Sie schon mal die Nachtelunden
an der Zellentwand vorüberlaufen lassen?
Oben dämmt ein Quadrat mit Gittern;
unter liegt ein Tier und darf nur zittern...
Diese kleinen Jüge sind in Ihrem Stand
dienstlich nicht bekannt...

Aber Kommunistenjungen jagen,
wegen Hochverrat ins Loch gesperrt;
vor Gericht die Spieße mild befragen,
Soal geräumt, wenn eine Wutze plärrt;
Fremdmörder jaust verhoben,
mit dem leisen Schleierblick nach oben;
Existenzen glatt vernichtet,
die von Waffenplänen was berichtet...
Unglück rings verbreitet, Tod und Qual —;
Ja, das haben Sie schon mal —!

Aufruf an die Rettungsschwimmer!

Der Verein für vollständigen Wasser sport schreibt uns: Die Badezeit hat begonnen. An den Elbufern tummelt sich jung und alt. Auch der Strom ist schon betriebe. Die Schnucht der Menschen nach Lust, Lust und Wasser findet endlich nach langer Winterszeit Befriedigung. Mit dem Beginn der Badezeit erscheinen aber auch traurige Begleitererinnerungen, das sind die alljährlich wiederkehrenden Ertrinkungsunfälle. In Sachsen sind in den vergangenen 15 Jahren 30 000 Menschen (die Einwohnerzahl einer mittleren Stadt) ertrunken. Die erfreulicher Jahren können gemindert werden, wenn jeder Mensch schwimmen lernt. Zur Verhütung können noch recht wenige schwimmen. Der Verein für vollständigen Wassersport (C.P.) Dresden unterhält seit vielen Jahren mit seinen Rettungsmannschaften auf einer 27 Kilometer langen Elberecke einen wohlorganisierten Rettungsdienst. Im vergangenen Jahr wurden von 90 Rettungsschwimmern gegen 8000 freiwillige Dienststunden geleistet. Menschenleben konnten aus der Gewalt des Ertrinkens errettet werden. Auch in diesem Jahre macht sich der Rettungsdienst bemerkbar. Wir bitten alle Rettungsschwimmer, sich bei den Stationen zu melden und regelmäßige Dienst zu leisten, damit wir durch die Tätigkeit der Arbeiter schwimmer die Gefahren der Elbe mindern helfen.

V.P.D.

Reichswehr-Motorradfahrer als Schrecken der Nacht. In der Nacht zum Montag durchfuhr ein unbelichteter Motorrad mehrfach die Straßen der Stadt. Ein Polizist, der den wilden Fahrer aufhalten wollte, wurde mit seinem Rad zur Seite geschleudert, und eine Militärpatrouille konnte ihn nur mit knapper Not in Sicherheit bringen. Der Polizeibeamte konnte noch feststellen, daß es sich bei dem rücksichtslosen, das Leben der Passanten gefährdenden Fahrer um eine Militärperson handelt, die noch in der selben Nacht ermittelt werden konnte.

Tödlich überfahren. Vom Autobus tödlich überfahren wurde auf der Schloßstraße ein Radfahrer. Schwer verletzt brachte man ihn nach dem Johannistädter Krankenhaus, wo er inzwischen gekommen ist. Der Verunglückte hatte, entgegen den politischen Bestimmungen, auf der Fahrt durch die Sportgasse, die Schloßstraße getrenzt, ohne vom Rad abzuweichen.

Weil er davongelaufen ist...

Geberings Justizmaschine arbeitet schnell

Der Dresdner Anzeiger berichtet von den „gerichtlichen Nachspielen“ des Jörgiebel-Brunnabades in Berlin. Vier Projekte werden registriert. Für das „ausfahnerregende Beweismaterial“ zeugt folgender Prozeß über den der Dresdner Anzeiger wie folgt berichtet:

Dann wurde der 21 Jahre alte Arbeiter Willi Schröder vorgeführt. Drei Polizeiwächter befundenen, daß an dem Abend in den Mordauer Geschäftsräumen eine Protestversammlung der KPD stattgefunden hätte. Ein Vorlaut der Polizei sei aus der Straße mit Hals- und Steinwürfen empfangen worden. Als die Beamten abliegen und vorliegen, sei die Menge davongeführt und in die Häuser gelaufen. Die Beamten wollen den Angeklagten an seiner helleren Kinderchorrobe wiedererkannt haben. Die Streife kam nach fünf Minuten wieder durch die Straße und beobachtete, daß der junge Mann in den Kinderchor über den Damm gehen wollte und plötzlich beim Andlik der Beamten fortließ.

Auf Beragen legte der eine Beamte: „Er kam uns verächtlich vor, weil er so schnell lief.“ (1)

Plandgerichtsdirektor Steinhous: In der Straße wohnen doch auch Leute, die dort hingehören. Wenn ein biederer Spießbürger wegläuft um sich zu retten, so ist das doch begreiflich.

Zeuge: Er wollte aber doch in einen Flur laufen.

Vorsitzender: Wohin sollte er denn laufen, um sich in Sicherheit zu bringen?

Angeklagter: Ich bin überhaupt nicht gelaufen und dann gleich stehen geblieben.

S AUS DRESDNER GERICHTS- SALEN

Das „große Waffen- und Munitions Lager“ in Reichenberg

Auf Grund der gemeinen Denunziation eines Spieles wurde eines Tages bei dem Fliegerlager Rothenbach Haussuchung nach verbotenen und „versteckten“ Waffen vorgenommen. Auf dem Boden des von Rothenbach bewohnten Hauses in Reichenberg fand sich denn auch in einer Röhre etliche alte Pistolen, ein paar verrostete Seitengewehre und ein Paar abgelagerte Infanteriemunition. Sofort wurde R. in Untersuchungshaft genommen, glaubte man doch fund die bürgerlich-sozialdemokratische Pressemeute trompetete es in alle Lande ein kommunistisches Waffenlager gefunden zu haben. Die große Untersuchungsaktion begann. Alle bekannten Kommunisten von Reichenberg und Umgebung erhielten den Besuch der Polizei. Man suchte vor allem die zur Munition gehörenden Gewehre. (1) Gefunden wurde allerdings nichts. (1) Die Hebe gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wurde aber trotzdem in allen bürgerlichen Organen mit dem nötigen Elan fortgesetzt. R., der eine Zeitlang Mitglied der KPD gewesen ist, lange vor der Haussuchung aber bereits aus der Partei ausgetreten war, hatte den größten Teil der Waffen von seinem verstorbene Vater übernommen, der sie aus dem Felde mitgebracht hatte. Die Infanteriemunition hatte R. im Jahre 1923 von einem Arbeitskollegen für 5 Mark erworben. Er erklärte, was jetzt dem bürgerlichen Reaktionär durchaus wahrscheinlich erschien, eine Liebhaberei an den Waffen und der Munition gehabt zu haben. Der Polizist, der die Anzeige gegen R. eingegangen war, logte aus, eines Tages sei zu ihm ein Herr gekommen, der gefragt habe, ob er seinen Namen angeben müsse, wenn er verrate, wo Waffen und Munition versteckt seien. (1) Den Angaben dieses „Unbekannten“ wurde nachgegangen und das „Waffenlager“ tatsächlich gefunden. Den Namen des „Helden“ erfuhr man auch vor Gericht nicht. Die Infanteriemunition sollte nach Angaben des Polizisten erst neueren Datums sein. Der Sachverständige Büchtemacher gründig, untersuchte dagegen aus, daß Munition dieser Art schon im Kriege 1914–18 hergestellt wurde. Erst später erfuhr er, daß R. „im Anfang der Kommunistischen Partei das Lager eingerichtet hat“. Die „enormen Waffenbestände“ sollten bestimmt zum Bürgerkrieg verwendet werden, daß sich der Angeklagte daher eines schweren Vergchens schuldig gemacht habe, sei erwiesen. Es sei auch besonders zu prüfen, ob sich R. nicht des Hochverrats (1) schuldig gemacht habe, also vor das Reichsgericht gehöre. Staatsanwalt Genoss Dr. Helm plädierte glänzend und sachlich und zeigte auf, in welchem Maße die bürgerliche Klasse an der Verbreitung solcher Tendenzen interessieren über die KPD interessiert ist. Gerade die Polizeischächerie in Berlin zeigen, in wie gemeiner und verlogener Art die Freie gegen die kommunistische Partei geführt wird. Es sei nicht verwunderlich, daß jeder Spießer vor Aufzug und Angst zittert, wenn er höre, daß bei einem kommunistischen Wagen gefunden wurden. Für jeden erwachsenen Arbeiter, der von der faschistischen Bande zur Strecke gebracht wird, fällt jenen Spießern ein Stein vom Herzen. Wir müssen schon sagen, daß die deutsche Justiz außerordentlich gut arbeitet, wenn es sich darum handelt, die „gerechte“ Justiz gezeigt werden. Ein vergeblicher Versuch!

Die Dresdner Volkszeitung, das Organ der Edel, Gröschl und Jörgiebel wird – getreu der Lehren ihrer „großen Führer“ Scheidemann, Seizinger, Müller, auch diese schändlichen Urteile verteidigen. Wie herrlich wird es doch in Sachen werden, wenn neben dem Sozialstaatlichen Bau, dem Industriellenvertreter Blüher, die Herren Edel und Liebmann nach Jörgiebelischen Muster in „Sozialismus machen“. – Wie lagte doch gleich Willem: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen...“

proletarische Elemente und nicht Konterrevolutionäre hinter Kerkergitter zu bringen. Als Massenbewußte Proletarier würden wir uns darüber nicht Sorgen machen dürfen! Dafür ist das „Urgewölfe Strate“ ein Gott, der nur denjenigen getragen werden, die für Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer „Ordnung“ besonders gedrillt sind, daneben noch die Gehenden, die Waffenkenner oder auch keine haben. Und wer bekommt einen solchen Waffenchein? Wer ist nicht der Nordjunker Klüne in Erinnerung? Wer weiß noch von dem großen Waffenlager in einem Mühlhäuser Gotteshaus? Das Urteil gegen den „...“ Waffenkenner bestätigt den „...“ Taten des Gefangenen und 100 Mark Geldstrafe. Zu was haben „...“ ein Recht zum Schutz der Republik? In der Begründung wurde angeführt, es sei nicht bewiesen worden, daß die Waffen für irlandische Kämpfe bestimmt gewesen wären. Man war aber anständig, denn für die Gefangenstrafe wurden Rothenbach 3 Jahre Bewährungsstrafe gewurstet. Für „...“ lassen wir „...“! – Und ob...

Ein SPÖ-Stadtverordneter rennt zum Radl

Der Arbeiter Springer ist Schwerriegelsbeschädiger und leidet an offener Lungenüberreaktion. Seine Rente beträgt pro Monat 100 Mark. Er ist nicht vorbehaltlos. Da Springer auf Grund seiner Krankheit eines Kindes benötigt, kaunte er den Unterhaltsansprüchen seiner Kinder bei dieser „großen“ Rente nicht in vollem Umfang gerecht werden. Die Kinder strengten eine Klage gegen ihn an. Aber, der sie (als kleine Wündel) vor dem Amtsgericht vertret, verklante in Markt pro Kind und Monat 100 Mark im Monat. Der „Arbeiterverteidiger“ Fischer bezog damals so viel „Verständnis“, vor Gericht zu erklären: „Springer will nur nicht arbeiten.“ Dieser Ausdruck drohte Springer persönlich in möglichster Form zu tragen. Er zog eine Hundepistole und drohte Fischer damit. Ein Zeitbülle holte es damals zu noch einem zuvertraglosen Kläger fürztzte dabei hin und trug einige Beulen davon. Die Strafanwaltschaft erhob gegen Springer. Der Klage ist Fischer als Nebenkläger angeklagt. Er fühlt sich schließlich wohl in dieser Stellung. Er zieht ein vor, die „verständnislosen Menschen herauszuführen, panzerte bei allen Bürgern nur ein mildeßes Lächeln“ hervor. Auf der einen Seite sprach er wohl davon, daß er kein Interesse daran habe, den Springer verurteilt zu sehen, auf der anderen Seite aber hielt er den gesetzlichen Strafantrag aufrecht. Daß dieser bedrohte SPÖ-Mann eine exemplarische Bestrafung des „Schrechers“ forderte, nahm niemand wunder. Das bürgerliche Richtergesetz verehrte den Springer dann auch zu 80 Mark Geldstrafe. So viel ist also die Ehre eines SPÖ-Stadtverordneten wert! Wie weit sich die SPÖ bereits in kapitalistische Ideologie hineingefunden hat, das zeigt dieser Prozeß wieder einmal sehr deutlich. Was liegt den kleinen Börsen der SPÖ daran, ob ein Prolet (um deren Stimmen man über bei Wahl zu holen) genügend zu essen hat. Was kann diese kleinen Börsen, daß die Rente, die ein Schwerriegelsbeschädiger erhält, zu niedrig ist. Die Ausgaben richten sie nie auf die „Balancierung des Haushaltplanes“ und die Kostierung der Dienste, also gelinde gesagt, darauf, wie sie dem Allgemeinwohl am besten dienen können. Alle Argumente die das Bürgeramt anwendet, um die Arbeiterschaft zu betrügen werden auch sie an. Aber die kleinen Börsen sehen es nicht anders von dem großen und wie die mit den Interessen der Arbeiterschaft umspringen. Dem müssen sie nachzuweisen suchen und beweisen, daß sie gelehrte Jünger jener „Kanonen“ sind. Beweis dessen: Herr Stadtverordneter Fischer, der sich bei jeder Gelegenheitnidend die Hände reibt und sein Gefühl ihrer alkoholange in den Bürgertum hinweggesetzt werden

„Kleine“ Sachen vom Arbeitsgericht

Tagtäglich laufen auf den Elias-Tribunal“ die Klagen ein. Klagen gegen das Unternehmertum. Die Ausbeutung der Arbeiterschaft kommt irgendwie besser zum Ausdruck als dort. Daß die unterdrückte Arbeiterschaft auch da ihr Recht nicht bekommt ist selbstverständlich. Gegen 90 Prozent aller Fälle werden „Vergleichs“ aus der Welt geschafft. Durch „Vergleichs“, wobei der Arbeiter mit und ohne Klagen häufig das Unternehmen nicht. Das bürgerliche Richtergesetz verehrte den Springer dann auch zu 80 Mark Geldstrafe. So viel ist also die Ehre eines SPÖ-Stadtverordneten wert! Wie weit sich die SPÖ bereits in kapitalistische Ideologie hineingefunden hat, das zeigt dieser Prozeß wieder einmal sehr deutlich. Was liegt den kleinen Börsen der SPÖ daran, ob ein Prolet (um deren Stimmen man über bei Wahl zu holen) genügend zu essen hat. Was kann diese kleinen Börsen, daß die Rente, die ein Schwerriegelsbeschädiger erhält, zu niedrig ist. Die Ausgaben richten sie nie auf die „Balancierung des Haushaltplanes“ und die Kostierung der Dienste, also gelinde gesagt, darauf, wie sie dem Allgemeinwohl am besten dienen können. Alle Argumente die das Bürgeramt anwendet, um die Arbeiterschaft zu betrügen werden auch sie an. Aber die kleinen Börsen sehen es nicht anders von dem großen und wie die mit den Interessen der Arbeiterschaft umspringen. Dem müssen sie nachzuweisen suchen und beweisen, daß sie gelehrte Jünger jener „Kanonen“ sind. Beweis dessen: Herr Stadtverordneter Fischer, der sich bei jeder Gelegenheitnidend die Hände reibt und sein Gefühl ihrer alkoholange in den Bürgertum hinweggesetzt werden

Merkwürdige Ansicht

Die Arbeiter der Firma H. A. Hübke, Köschkenstraße 10a, hatten während des Betriebsarbeiterstreiks mit der Firma eine Vereinbarung getroffen: Die Firma löst weiterarbeiten und verpflichtet sich, die Forderungen der Arbeiter zu zahlen, bis ein Schiedsgericht als allgemein verbindlich erklärt. Eine Woche lang hielt die Firma die Vereinbarung ein. In Sachen wurde jedoch der Schiedsgericht geöffnet und für verbindlich erklärt. Die Arbeiter wurden wieder in die Betriebe getrieben. Die Angestellten der Firma H. A. Hübke, Köschkenstraße 10a, hielten während von 1 Mart pro Woche zu zahlen die lebhaften Arbeitern erst einzuladen. Der Führerunternehmer Hübke weigerte sich, die Forderung zu erfüllen. Der Tarif ist verbindlich und er habe keine Veranlassung, mehr zu zahlen. So „nau“ wie dieser H. A. Hübke den Unterschied zwischen allgemein verbindlich und verbindlich erklärt Schiedsgericht nicht begreifen wollte, ist jeden ein Unternehmer. Seine Arbeiter hatte er gefragt, ob sie vom 1. April für den verbindlich erklärt Schiedsgericht arbeiten wollten oder nicht. Wer es ablehne, brauche nicht wiederzukommen. Da der Tarif aber noch nicht für allgemein verbindlich erklärt war, lähen die Arbeiter nicht ein, warum gerade sie hier zurückkehren sollten. Alle Versuche des Arbeiters, der auch hier, obwohl der Sachverhalt klar lag und eine günstige Situation für den H. A. Hübke vorhanden war, berücksichtigen wollte, scheiterten. Das Urteil mußte demgemäß auf Zahlung der 288 Mark an die Arbeiter lauten. Auch weiterhin wird die Vereinbarung gelten. Ob H. A. Hübke verklagt werden muss?

Schwere Verbrennungen beim Transport eines Pollens. Schafsfellläger in einem Dresdner Fleischbetrieb zog sich am Dienstag in den Nachmittagsstunden ein Arbeiter Paul Müller zu, der deshalb nach dem Johannistädter Krankenhaus gebracht werden musste. Ein Kind tot aufgefunden: Spaziergänger landen am Sonntag vormittag im Schützenpark an der Treppe, die vom Platz an der Garnisonkirche in den Brühlsberg führt, ein Paket mit der stark verwesten Leiche eines Kindes. Der Körper war in graue Windeln gewickelt und in braunes Badetuch gewickelt. Das Kind ist offenbar sofort nach der Geburt gestorben. Die Leiche wurde an die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Gottfried Semper / Zum 50. Todestag des großen Architekten und Rebellen von 1849

Standgericht in Dresden — Massenerziehung — Lynchjustiz — Einkerkierung — „Ruhe in Sachen“

Das war das äußere Kennzeichen des Mai 1849. Achtzig Jahre später sind es „Sozialdemokraten“, die mit den bewährten königlich-konservativen Methoden die „Staatsautorität“ fürzten. Damals wie heute: Lüge, Verleumdung, Verrat, geistige Invokanz. Angewandt von der herrschenden Klasse und deren Nutznießer zur Verteidigung ihrer „wohlerworbenen, gottgewollten Obrigkeit und ihrer Privilegien“. Die größten Künstler und Geistesarbeiter des 19. Jahrhunderts standen auf Seiten der Revolutionäre von 1848. Für ihre Überzeugung wurden sie erschossen, gingen in die Kerker und ins Exil. Wohlbehalten, mit Orden besetzt, mit Titeln, die nur nach Meter gemessen werden können, so blüht sich heute das offizielle Künstlertum auf. Große Meister? Nein, nur Routine! Gagen, die schwundende Höhen erreichen, derweilen in Monjarden die wirklichen Künstler, jene Menschen von Charakter, die von unbefriedigbarem Drang zum Stürmen der alten Bastille erfüllt sind, vor Hunger zugrunde gehen. In der — recht einflörmlichen Sauce der offiziellen Anerkennung baden sich die einen, leidend kämpfen, neue wirkliche Werte hoffen im Verein mit dem um die Macht ringenden Proletari-

tariat die Künstler wie G. Groß, Käthe Kollwitz, Heinrich Zille, R. Becker, K. Tschulski und die vielen anderen!

Semper starb vor 50 Jahren am 15. Mai 1879 in Wien. Er, der Schöpfer zahlreicher Prächtiger Bauten in Dresden — (genannt seien nur das Hoftheater — es brannte 1879 ab — „Billa Roja“ und das Palais Kastell an der Bürgerwiese) erregte durch seine damals frühe Bauweise starkes Aufsehen. Mit Richard Wagner — beide verband innige Freundschaft — beteiligte er sich aktiv am Dresdner Platzauftand. Nach der Niederlage mußte er wie Richard Wagner und viele hundert andre ins Exil wandern. Lange Zeit lebte Semper in Zürich, wo er auch die Pläne für das Opernhaus entwarf. Sein Sohn Hansel leitete den Neubau. Auseinandersetzung hat Semper Schaffen ganze Generationen stark befruchtet. 50 Jahre ist Semper tot — er, harb im Exil. Das honeste Bürgertum gedenkt heute „eines“ großen Toten. So ist es noch allen großen Männern ergangen! Möge für das Bürgertum für sich beschlagen: Wir wollen lernen für eine Gesellschaftsordnung, die Gewähr für freie Entwicklung auch des künstlerischen Schaffens bietet! Für die Herrschaft des Proletariats!

Aus Ostsachsen

SPD-„Arbeiterpolitik“ in den Gemeinden

Kreischa. Zur Zeit der Metallarbeiterausperrung leistete die SPD in den Gemeinden gegenüber den Metallarbeitern stets harsche Versprechungen. Anträge der Kommunisten auf generelle Unterstützung der Ausgeperrten lehnte sie ab. Die Metallarbeiter wurden auf die Wohlfahrtspflege verwiesen. Die SPD verschämt sich vorsätzlich dafür einzukommen, dass diejenigen, die gesetzten seien, die Wohlfahrtspflegeunterstützung in Anspruch zu nehmen, keine Rückzahlungen zu leisten brauchten. Wie kann „vorsichtige Hilfe“ aussehen, dafür ein paar Beispiele aus Kreischa. Ein Familienvater mit fünf Kindern im Alter von 11-7 Jahren wurde 1928 während des Streiks ausgesperrt und erhielt in dieser Zeit eine Wohlfahrtsunterstützung von 91 Mark. In fünf Wochen. Die Tageszeitung schrieb bei der Ausperrung: „dass die SPD-Bolschewik für Sorge tragen werden, dass die Ausgeperrten solche Unterstützung nicht zurückzehalten brauchen“. Aber das scheinen die SPD-Vertreter des sozialfahrlässigen Kreischa längst vergessen zu haben, oder noch besser: sie dachten gar nicht daran, ihre Versprechen zu erfüllen. Der Familie Reuhäuser ist bereits das dritte Gefüll um Niederauerberg der Schulden von 91 M. abgelehnt worden, in der letzten Sitzung vom 22. April mit folgender Begründung:

„An Ausführung des Wohlfahrtauslöhnbeschlusses haben wir Ihnen noch mitzuteilen, dass die heilige Gemeinde vor Abzugung der Darlehenshöhe von 91 M. Ihrem Bauvorhaben nicht näherstehen kann, weshalb Sie die Ratenzahlungen zunächst einstellen wollen.“

Reuhäuser hat einen Wohneinwohner von 40 Mark. Vor drei Monaten ist das fünfte Kind angekommen, und da die Familie für dieses Kind keine Betteln hatte, so beschaffte der Sozialfahrlässigkeits ein Bett. Wo Reuhäuser jetzt noch monatlich 12 Mark abzahlen muss. Ein anderer Fall:

Ein ausgestiegter Erwerbsloser Bruno May ist 25 Jahre alt. Er wohnt auf Untermiete und bekommt wöchentlich 7 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Er wurde beim Bürgermeister vorbildig und erklärte, dass er nicht wöchentlich von 7 Mark leben kann, und erhielt zur Antwort: „Sie können doch durch Ihre Eltern mitunterstützt werden!“ Obwohl der Bürgermeister ganz genau weiß, dass der Vater (Alter 50 Jahre) ebenfalls schon lange keine Arbeit hat und selbst nur 18 Mark wöchentlich Erwerbslosenunterstützung erhält. Er hat eine Tochter, die dieses Jahr aus der Schule entlassen wird und auch noch zu Hause ist. Eine zweite Tochter von 18 Jahren ist ebenfalls zu Hause und ohne Arbeit, so dass sie vom Vater mit ernährt werden muss.

Die Held-Regierung hat im Wahlkampf verschiedene Zusicherungen veröffentlicht, mit denen sie nachweisen wollte, dass es mehr getan habe, als alle anderen Einzelstaaten in Deutschland. Besondere Ressorts machen sie mit den Verordnungen für die Kinderreichen und Kriegsbeschädigten, die ringende so gut finanziell gestellt seien wie in Sachsen. Wollen nun diese Mittelungen nur harte Wünze nehmen, so müssten

diese Leute die glücklichsten Menschen sein. Die SPD macht gleichfalls in Versprechungen. Wie die Praxis aus sieht und was von den Versprechungen der SPD zu halten ist, zeigen diese Tatsachen am besten.

Arbeiterwohnungen in Kreischa

Kreischa. Gebaut wurde viel in den letzten Jahren in Kreischa, und zwar eine „tadellose Turnhalle“ für 68.000 Mark, eine Kranhalle mit eintoriger Wohnung. Dort ist die SPD-Kanone Kreismarkt von Kreischa untergebracht. Es gibt eine schöne Wohnung verhängt. Was kümmert er sich darum, ob die anderen Proleten Wohnungen haben? Die großen Wohnungen bekommen die Kinderreichen, die Kinderreichen bekommen die Dachwohnungen und die Ratswohnungen, denn die größten Wohnungen können sie wegen ihrer schlechten finanziellen Lage nicht bezahlen. Seit Jahren bemühen sich die Kinderreichen, ausreichende Wohnungen zu erlangen. In der Reichsverfassung und in den Tageszeitungen liest man immer, dass an jeder Stelle die Kinderreichen berücksichtigt werden sollen!

Die Gemeinde Kreischa verfügt über die Mietzinsteuer lebhaft. Es haben sich schon immer Kinderreichen bemüht, selbst Eigentumsrechte zu erstellen, aber bis jetzt wurden die Befürchtungen wieder zugesetzt. In der fünften diesjährigen Nichtöffentlichen Gemeinderatsversammlung am Montag, dem 22. April 1929, stand auf der Tagesordnung:

„Bei künftlicher Erwerbung des Sportplatzgeländes hat die Gemeinde die Bemühung übernommen, den im Schlosse des Rittergutes im Wege der Zwangsaufquartierung untergebrachten Bepärkleiner Geckler herauszunehmen. Da zu dessen wohnlicher Unterbringung eine geeignete Wohnung nicht zur Verfügung steht, beschließt das Kollegium einstimmig, das Bauvorhaben des Baugeschäftsinhabers Emil Adam durch Gewährung eines Kaufarlehns aus der Aufwertungssteuer zu fördern bei der Verpflichtung Adams, eine der zu erstellenden Wohnungen der Gemeinde zur Unterbringung einer kinderreichen Familie zur Verfügung zu stellen.“

Bei dieser Gelegenheit erfolgte eine längere Debatte um die Frage, ob Kinderreiche nicht besser, vor allem über billiger in vom Bau- und Sparverein zu errichtenden Neubauten untergebracht werden könnten als im Eigenheimen. Darauf wurden die baulustigen Kinderreichen beim Bürgermeister vorwiegend. Dieser erklärte, eine Wohnung bei Adam würde 600 Mark kosten, und die SPD wäre nicht dafür, dass die Kinderreichen in Eigenheimen untergebracht würden. Es sei kein Geld mehr vorhanden, um diese Bauvorhaben zu finanzieren.

Arbeiter, seht dieser Gesellschaft auf die Faust, nicht aufs Maul! Arb.-Korr. 729.

Aus der Praxis eines Aspern-Ueberstundenschiebers

Freital. Der Elisabeth-Hütte ist großes Heil widerfahren, und zwar dergestalt, dass sie in der Person des früheren Vorarbeiters jetzt Sängerleiter Paul Chemnitzer wohl eine der besten sozialfahrlässigen beherbergt. Nicht nur, dass er es versteht, sich lieb und küs zu der Firma zu machen durch Käffchen, Schleimen und Lüfern, sondern er zeigt seinem Brotherrn auch praktisch, dass er in der Lage ist, sich positiv an den Nationalisierungsbestrebungen der Firma zu beteiligen. Nachdem dieser „Arbeiter“ sich beim Heraunterdrücken der Maschinenpreise aktiv beteiligt hatte, will er jetzt seinen Brotherrn den Beweis bringen, dass er dieses auch den Handörnern beweisen kann. Das sicherste Mittel ist ihm das Ueberstundenabschieben, das er in folger Form benutzt, das dadurch andere Kollegen wegen Arbeitsmangel die Entlassung bekommen haben, trotzdem sich die anderen Formen der 15-Stunden-Woche erwungen haben, damit keine Entlassungen vorkommen sollten. Damit der Betrieb nicht hinter die Zahl einer Ueberstunde kommt, nimmt Chemnitzer zeitweise zwischenlang die Kontrollkarte der Stechuhr mit nach Hause. Trotz dieser Tatsak doch ein kleines Beispiel von seiner Ueberstunden-Meter:

Am 29. März von 3,01 bis 16,15 Uhr sind 12½ Stunden.

Am 30. März von 3,22 bis 20,19 Uhr sind 16½ Stunden.

Am 2. Mai von 3,00 bis 16,00 Uhr sind 12½ Stunden.

So sieht also praktische SPD-Politik aus, denn Chemnitzer ist keinnes Mitglied der Aspern-Partei. Die Futterkrippepolitik! Sei in der Chemnitzerischen Familie schon Tradition, dass sein Bruder Arthur ist Verbandsangehöriger bei den Maschinen- und Feinern, Jahrhunderte Dresden. Der Vater war Kellner beim Konsumverein Borsigwald, zur Zeit aber in Pension, welche aber lang viel nicht zum Leben, denn jetzt macht er in Kolportage für den Volkstaat. So leben also die Gestalten der SPD aus, Reformisten reinste Wassers, das trachten nach den nächsten Posten ist diesen Leuten in Fleisch und Blut übergegangen. „Hauptsache ich, nach mir die Sündflut“. Das durch diese Gehobten andere Kollegen auf der Strecke bleiben, danach sagen diese „Arbeiter“ nicht. Sogar die eigene Familie mag konzentriert leben, denn am 30. März kam dem Paul Chemnitzer seine 11-12-jährige Tochter auf die Arbeitsstelle, bloß damit sie einmal ihren Vater nach langer Zeit wieder sehen könnte. Die Entlassenen der Elisabeth-Hütte, die durch die Chemnitzerische Methode auf die Straße geworfen worden sind, ziehen aber diesen „Auchkollegen“ ins Gedächtnis rufen, dass sie die Papiere bekommen hat. Es gibt ein bekanntes Wort: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen“. Hoffen wir, dass diese Judasgasse für seinen Arbeitervertrag auch bald seine Silberlinge in Form der Stempelkarte bekommen wird. Den anderen Kollegen, speziell den 18 Handformern, aber ruhe zu geben diesem „Ehemann Kollegen“ seine Quittung. Macht ihm keine Methoden unmöglich. Bekannt auch zur Opposition. (Arbeiterkorrespondenz Nr. 710.)

Sozialdemokrat ohngefragt Jungkommunisten!

Sachsen. In Ermangelung wirklicher Argumente haben die Prominenten der SPD aufs Verleumden gelegt. Darin steht die Führer (siehe Dresdner Volkszeitung) ganz Erstaunlich. Eine besondere Aufgabe, die sie sich gestellt haben, ist es, verschwiegen gegenüber zu behaupten. Diese Hebe hat dann auch die Sozialdemokratie in „Erfolgen“ geführt. So melde ich Ihnen die Prominenten der SPD aufs Verleumden am Arbeitsnachweis mit einem erstaunlichen Erwerbslorenausschüttungskontakt herbei. Jetzt steht ein neuer würdiger Fall an. Nach einer am 9. Mai ausgetragenen SPD-Wahlversammlung proroktierte er einen der Jungkommunisten durch funktionslose Appellationsen. Mit Recht sprach er einer Diskussion politisch vertraut hatte und hat geschlagen erfragte er mit schlagenten Argumenten. Vor Zeugen auf die ihm in der SPD vertretenen Jürgen-Beck-ideologie ist das nicht verwunderlich. Ein „kleiner Fehler“, in den manche SPD-

(Arb.-Korr. 729.)

Ein Beispiel, wie „überzeugte“ Sozialdemokraten sozial denken, fühlen und handeln

Pirna. Im Hause Schmiedestraße 48 wohnt ein eifriger Vertreter der sozialdemokratischen Idee, der, wo es nur irgend geht, seine sozialen Reden vom Stoppel läuft, dabei nie vergibt, den Kommunisten alles mögliche, nur nichts Gutes naduzusagen. Das geht, nicht immer. Kommt er einmal mit einem Vorwurf seiner Freifamilie zusammen, woge man nicht ihn in einem politischen Gespräch zu ziehen, denn da kann man einen

Zuschauern

die revolutionäre Jugend befindet sich auf dem Bormarsch.

zu

wirkt sicher auch schon wissen, dass innerhalb weniger Tage wird sich in Ostsachsen 50 neueintritte haben. Doch dabei ist es nicht geblieben. Am besten ist es, du

gebst

selbst mit nach Böhlenau zum Internationalen Grenztreffen, um an dem Ausmarsch mit unserem tschechischen Bruderverband teilzunehmen. Gerade

zu Wissenswertem

führen wir das Grenztreffen durch, um auch deine Teilnahme an dem Massenausmarsch zu ermöglichen. Jahre,

nach Görlitz

damit du an den zwei großen Begrüßungslandgebungen im Schlosshaus, Böhlenau, und Goldau, Stern, Berggiech, hörst, teilnehmen kannst. Es spielen die Roten Raben, die Blauen Blumen und unsere jüngsten Pioniere, die Roten Trommler. Wir marschieren

zum Internationalen Grenztreffen

unter den Losungen: Gegen Sozialfahrlässigkumus und Kriegsgefahr! Gegen Arbeitsermord und KGB-Verbot! Für die Forderungen der Arbeiter- und Bauernjugend! Verteidigt Sowjetischland! Gerade

der revolutionären Jugend

ist die Aufgabe gestellt, die ganze Jugendarbeit loszuwerden, den auf reaktionären und insbesondere auch sozialdemokratischen Jugendverbänden, welche in trauriger Gemeinschaft die Volkslandverteidigung für einen neuen Massenmord, und diesen selbst vorbereiten.

Wette Dich noch keine an

als Teilnehmer zum Grenztreffen bei allen Mitgliedern des KTB. Alle Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen kämpfen mit dem Kommunistischen Jugendverband! Alle werden aktive Mitstreiter! Deshalb

Parole:

Jeder Jungprolet ein Mitglied des KTB!

Kirche. Soermann spielt zugunsten der Kriegs- und Arbeitssozialer am Donnerstag, dem 16. Mai, 20 Uhr, im Volks-

haus Pirna.

Königstein. Anteilungslücke. Ein mit Langholz beladenes der Firma Paul Otto Kielberg gehöriges Lastauto entledigte sich seiner Ladung am Freitag, dem 10. Mai, gegen 16 Uhr, beim Postamt Königstein. Die herabfallenden langen Stämme zerstörten die baulustigen Kinderreichen beim Bürgermeister vorwiegend. Dieser erklärte, eine Wohnung bei Adam würde 600 Mark kosten, und die SPD wäre nicht dafür, dass die Kinderreichen in Eigenheimen untergebracht würden. Es sei kein Geld mehr vorhanden, um diese Bauvorhaben zu finanzieren.

Arbeiter, seht dieser Gesellschaft auf die Faust, nicht aufs Maul!

Arb.-Korr. 729.

Baudienstler oder Nationalkommunisten?

Königstein. Hier fand vorigen Mittwoch 20 Uhr, im Deutschen Haus eine Versammlung statt, die von der Pleite 7 ausgingen und vom Bürgermeister Schreiter selbst organisiert war. Die Königsteiner Arbeiterschaft hat bewiesen, dass sie von diesen Leuten nicht veralberten lässt, indem sie der Versammlung fernblieben. Ungefähr Genossen machten ein paar kurze Ausführungen, welche die Arbeitsgenossenschaft in das rechte Licht rückten, nach dem verliehen untreue Genossen den Saal. Somit blieben dem Redner (Endeler, Berlin) nur noch wenige Personen übrig, zu denen er eine halbe Stunde sprach. Die Pleite war dann auch danach.

Radeberg. Otto Kriedel †. Am Sonntagvormittag verstarb unser Genosse Otto Kriedel im Alter von 47 Jahren. Unsere Ortsgruppe verliest damit einen Kämpfer, derlets mit in rechter Stelle stand, wenn es galt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Die Einschätzung findet morgen Donnerstag, 16.15 Uhr im Tolletzsch statt. Sein Andenken ehren wir damit, indem wir in seinem Sinne weiter arbeiten.

Kommunistische Partei, Ortsgruppe Radeberg.

Niederoderwitz. Sturz vom Baume. Einen bedankenswerten Unfall erlitt der achtjährige Knabe des Arbeiters Sigmund Kirschbaum. Der Knabe hatte einen Baum erklommen, von welchem er herunterfiel. Beide Handgelenke hat er sich dabei gebrochen.

Schachtwig. Die 6. öffentliche Sitzung der Gemeinderatsversammlung findet am Donnerstag dem 16. Mai 1929 19 Uhr in der Schule „An der Aue“ statt.

Roten Hilfe

Mittwoch den 15. Mai
Röthen, 19,30 Uhr im Restaurant Schumannsruh, Funktionärlung. Referent von Böhlendorf. Alle Ausflüsse haben zu erhalten.

6. Sonnabend, 19,30 Uhr im Schenkel: Funktionärlung.

Freitagnachmittag, 19,30 Uhr im Bureau: Sitzung. Alle eingeladenen Genossen haben zu erscheinen. Wichtige Teaserabende.

Freitag, 19,30 Uhr in der Lederfabrik: Mitgliederversammlung. Wichtiger Referat eines Mitgliedes des Bezirksvorstandes.

Freitag (E. A.), Hauptort, 20,30 Uhr im Restaurant Schumannsruh, Funktionärlung. Alle Gewerkschaften und Leibesübungen haben zu erhalten.

6. Sonnabend, 19,30 Uhr im Schenkel: Funktionärlung.

Freitagnachmittag, 19,30 Uhr im Bureau: Sitzung. Alle eingeladenen Genossen haben zu erscheinen. Wichtige Teaserabende.

Freitag, 19,30 Uhr im Restaurant: Mitgliederversammlung. Wichtiger Referat eines Mitgliedes des Bezirksvorstandes.

Wünsch, Ortsgruppe, Freital-Zehden. Die Jugend, die nach Räumen zu Jugendfeiern fahrt, stellt sich am 19. Mai um 17.30 Uhr am Bahnhofsplatz. Die Sonnenblume und Sonnenblumen, die die Autobahn als Richtungsschild markieren, müssen am 19. Mai pünktlich um 17.30 Uhr auf dem Bahnhofplatz stehen.

Donnerstag den 16. Mai

Tagesabend der Dresdner Theater: Opernhaus: Boris Godunow (19). Schauspielhaus: Falstaff (Vollvorstellung, 19,30). Alberttheater: Doctor Klaus (19,30).

Komödie: Der Braunerzt (19,45). Residenztheater: Börsenfeier (20). Zentraltheater: Bartleie (20).

Rundfunk

Donnerstag den 16. Mai
16,30: Konzert; 18,05: Steuerkundfunk. 18,20: Wettervoraussage und Zeitangabe. 18,30: Spanisch für Fortgeschritten. 18,45: Arbeitsnachrichten. 19,15: Lassalle. II. 19,30: Der neue Kirchenstaat. 20: Vollständiges Orchesterkonzert. 21: Kammermusik von Beethoven. 22: Funkspazier. 22,05: Zeitangabe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend: Funkspiele.

Der Arbeiter-Schützen-Bund Dresden

veranstaltet am 18. Mai, 19 Uhr, zum 20-jährigen Stiftungsfest des Vereins „Scharnischsteine“, Görlitz, im Restaurant Höhnlitz einen

Kommers

Am Sonntag, dem 19. Mai, um 8 Uhr, findet ein

Mannschaftsschließen

zwischen anwältigen und liegenden Vereinen statt. Dresden Sozialgenossen und Sympathisierende werden erwartet, sich mit Familie recht zahlreich zu beteiligen. Reaktionäres Programm und versch. Darbietungen.

Unzähligen Besuchern wird Verein Schützenhütte, Restaurant Höhnlitz

D

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

D

Pirna

Milch ist nicht Milch!

Qualitätsmilch und Milchprodukte liefert zu denselben Preisen wie die Konkurrenz.

„MIGENO“ PIRNA

durch alle Verkaufsstellen und ihre Geschäfte an allen Plätzen der Amtshauptmannschaft Pirna sowie durch die Konsumverteilungsstellen in der Amtsh. Pirna

1014

Markt-Drogerie
Kirchgasse 1
Arno Kirsten Nachfolger

A. Sachse Feinbäckerei
Steinplatz 9

Emil Jähnigen
Bäckerei, Kämmelkästen, Gefügeställe
Hainstraße 27

Butter JUTTLERS
Dohnaische Straße 81

Kurt Neud
Bierhandlung
Dohnaische Platz 3

Spülapparate, Gummi-Unterlagen, Schürzen, Windelhosen und jegliche Frauen-Artikel

10 Gartenstraße 10

Bierhandlung Willy. Riepe Roth.
Schuhgasse 4.

empfiehlt Drogen, Seife, Pinsel u. Schönheiten.

1020

Schokoladenhaus
Margarete Schulz, Breite Str. 9c

Bleye-Kleidung Wollwaren
Richard Scherneck, Dohnaische Str. 18

Haus- und Küchengeräte
Beleuchtungs-, Geschenkartikel
H. Jenner, Gartenstraße 36

Leder
Karl Jähnichen, Badergasse 8

Löckwitz-Nickern
GastholNickern, Saal und Vereinszimmer,
empfiehlt den Vereinen für Veranstaltungen
Alfred Knoblock, Nickern 11

Königstein
Gasthof zum Bielatal
Treffpunkt der organisierten Arbeiterschaft

Paul Sude, Bielatalstraße 74
Kolonial- und Sollermaten

Möbelhaus Aug. Lengsfeld, große Aus-
wahl im Möbeln, Einzelwaren, Bettdecken und
Lederwaren

Germann Rüh, Herm.-Hering-Str. 188
Speisekasse für Milch, Butter, Eiße u. Butter

Rudolf Rößler **Max Köckritz**
Schuhwaren aller Art, Hermann-Hering-Straße 147
Hütten 5b
Kolonial- und Schnittwaren

Schuhwaren Max Pauller, Bielatalstraße 84
Damen-, Herren- und Kinderkleidung sowie
alle Arten Pantoffeln. Molk. u. Reparaturen.

Bad Schandau

Brauerei Hering, Schenke, Marktstraße 37
467

Arthur Römer, Poststraße 143
Konfektion, Tegillwaren

Carl Commerer Witwe, Hindenburgstr. 184
Klemperer, Haush. u. Küchengeräte

Franz Weber, Marktstraße 12
Schuhwaren aller Art und Reparaturen

Carl Richter, Marktstraße 14
Vollmöbel und Lederwaren

Rudolf Seifert, Uhren, Goldwaren, Optik
Sprechapparate, Schallplatten, Badergasse 258

Fritz Demelt, Friseur
empfiehlt sich allen Kreisen - Auslese: 51

R. Krälop, Badergasse 38
Bäckerei, Kämmelkästen, Elektroanlagen

Gloria-Drogerie, Photo-Spezialhaus
Alle Artikel zur Krankenpflege

Gustav Herrmann
Poststraße 95
Woll- und
Textilwaren

Alfred Mähner
Molkerei-Produkte
Fainkost

**Kauft nur bei
unseren Inserenten!**

Pirna-Copitz

Drogerie „Zum Buche“

Bierhandlung / Hofseidenzeuggeschäft

123

Erdbeleger und Reparaturwerkstatt

Karl Uhley, Hauptstraße 11

126

Kurt Dix, Fleischermeister

129

Hanne Dröher, Textilwaren

130

Pirna-Copitz

131

6 Prozent Rabatt, Hauptplatz 16

132

Brot- und Wurstwaren

133

Arthur Wehner

134

Haus- und Küchengeräte

135

Paul Klimmer

136

Auto- und Motorreparatur

137

Motorenbauer R. & U. - Tonhoff

138

Fleisch- und Wurstwaren

139

Arthur Wehner

140

Haus- und Küchengeräte

141

Paul Leupold

142

8 Dresdner Straße 8

143

Heldenau, Biergroßhandlung

144

Großvieh & Sohn

145

Silvile Glashütte

146

Brot- und Weißbäckerei

147

Erwin Ebert, Bäckereistraße 28

148

Möbelhaus Mütze

149

Braut-Ausstattungen

150

Gelegenheitskauf / Niedrigste Preise

151

Arbeitskleidung - Textilwaren

152

Robert Ebert, Bäckereistraße 28

153

Birkwitz b. Heldenau

154

Fleisch- und Wurstwaren

155

Oskar Große, Nr. 41

156

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

157

Arthur Mehlhorn, Birkwitz Nr. 26c

158

Gasthof Birkwitz

159

Bäckerei und Konditorei

160

Max Höndler

161

Dora Patschel

162

Kolonial- und Textilwaren

163

empfiehlt sich der Arbeiterschaft

164

Heldenau-Hl. Sedlitz

165

Bäckerei Max Berger

166

Haus- und Küchengeräte

167

Wieg Schröder, Bahnhofstraße 7

168

Gärtner, Pflanzen und Sämlinge

169

Specialhaus

170

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

171

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

172

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

173

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

174

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

175

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

176

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

177

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

178

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

179

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

180

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

181

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

182

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

183

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

184

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

185

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

186

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

187

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

188

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

189

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

190

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

191

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

192

Gärtner Günter, Schulze 1, Eilenbogen

193

Der ADGB-Vorstand läuft über den 1. Mai!

Als Jörgiebel die Demonstrationen am 1. Mai verbietet, verhandelt er, wie er selbst bestätigt hat, im engsten Einvernehmen mit dem ADGB-Vorstand. Dieselben Gründe, die die Bourgeoisie zu diesem Mäverbot veranlaßten, waren auch für die Leipziger und Graumann maßgebend. Das Kraftbewußtsein der klassenbewußten Arbeiterschaft sollte gejährt werden. Denn zur Durchführung des Abschlusses der Arbeitslosenunterstützung der Wisselischen Lohnpolitik und nicht zuletzt zur Teilnahme an einem neuen imperialistischen Krieg braucht man die Schwächung des Kraftbewußtseins der Arbeiter.

Da sich die klassenbewußte Arbeiterschaft Berlins am 1. Mai nicht wie im faschistischen Rom von der Straße vertreiben ließ, ließ Jörgiebel schießen.

Es ist nun nicht verwunderlich, daß sozialdemokratische Gewerkschaftsführer ihrem Jörgiebel Beifall klatschen. Wenn in dem Artikel des ADGB-Vorstandes zum 1. Mai 1929, enthalten in der Gewerkschaftszeitung vom 11. Mai, nur der Applaus für Jörgiebel enthalten wäre, lohnte es nur der Applaus für Jörgiebel einzugeben. Da aber in diesem Artikel mehr als auf ihn einzugeben. Da aber in diesem Artikel mehr als je zuvor geführt wird, ist es notwendig, sich damit zu beschäftigen. Nachdem in dem Artikel ausgeführt wird, daß die Demonstration verboten werden möchte, da man „nicht noch einmal den kommunistischen Terror dulden“ wollte, heißt es:

„Demonstrationen könnten sich infolge der polizeilichen Maßnahmen nicht entwenden, und zu blutigen Zwischenfällen war es bis zum Abend nirgends gekommen.“

Das ist frech gelogen. Zunächst kamen zahlreiche Demonstrationen zu Stande, die trotz des schärfsten Polizeiterror unter Abhängen von Kampftrümmern durch die Straßen zogen. Wohl wurden diese Jüge in brutalster Weise auseinandergerissen, doch gerade weil eben trotz alledem aufsehenerregende Demonstrationen zu Stande gekommen waren, ordnete Jörgiebel in seiner Not darüber ein immer schärferes Vorgehen der Polizeitruppen an. Er legt und selbst von zahlreichen bürgerlichen Zeitungen widerlegt ist es, daß es bis zum Abend nirgends zu blutigen Zwischenfällen gekommen sei. Schon am Vormittag wurde in die Versammlung der Berliner Nobelpolizei geschossen, wurde am Halleschen Markt bei der brutalsten Auseinandersetzung ein Arbeiter durch Schüsse tödlich verwundet. Schon am frühen Nachmittag wurde auf dem Bismarckplatz wahllosnig geschossen, und bei den polizeilichen „Stoßexpeditionen“ in den Köllnischen Straßen ebenfalls in den Nachmittagsstunden der sozialdemokratische Arbeiter Gemeinhart von der Schupo erschossen. Der ADGB-Vorstand sieht sich nicht, offenkundige Lügen bewußt weiterzuverbreiten.

In dem ADGB-Artikel heißt es dann weiter:

„Erst im Dunkel der Nacht wurde an einigen eng begrenzten Stellen von Jugendlichen und lichtsamen Elementen das Straßenpolster ausgerissen, Barrikaden errichtet, Feuer ausgegraut und auf die Polizei geschossen. In der notwendigen Gegenwehr der Polizei sind leider auch Unbekannte als Blut- und Todesopfer gefallen.“

Diese Sprache! Die sozialdemokratischen Führer des ADGB haben freilich kein Verständnis dafür, daß sich unentwegt mißhandelt, bis zum äußersten erbitterte Krieger unter dem ungeheuren Terror der Schupo Parteien gegen das Vordringen der schrecklichen Panzerwagen rasten und sich zur Wehr setzten.

Weiter behauptet der ADGB-Vorstand, die KPD habe dies notwendig gehabt, er schreibt:

„Für diese Blutopfer trägt die Kommunistische Partei ganz und allein die Verantwortung. Sie brauchte diese Opfer, um einmal ihre eigenen Anhänger zusammenzuholen und vor den innerparteilichen Schwierigkeiten und Kämpfen mit den Rechten, Ultralinken, Freikörperkämpfern usw. abzuhauen... Damit ist zweifellos bewiesen, daß die Moskauer Gewalthaber ihre Puppen in Deutschland tanzen ließen und diese Entlastungssoffenheit am 1. Mai von ihren Berliner Parteien forderten zu dem offensichtlichen Zweck, die Ausweitung der europäischen Arbeiterschaft von den eigenen inneren Schwierigkeiten abzulenken, und um darauf hinzuweisen zu

können, daß das „jogenannte demokratische Deutschland, das keinen Preis für Kinderspeisung und nur kleine Bohnen für Erwerbslose übrig habe“, schlimmer sei als das gegenwärtige Sowjetregime.“

Nach dem ADGB-Vorstand wollten die kommunistische Partei und die „Moskauer Machthaber“ die Opfer, um die Aufruhrskräfte der Arbeiter von irgendwelchen Dingen „abzulenken“. Abgesehen davon, daß solche Ablenkungsversuche wirklich ihren Zweck verfehlten würden, muß man die Frage aufrufen, ob denn die KPD oder die „Moskauer Machthaber“ das Demonstrationsverbot bei dem Sozialdemokraten Jörgiebel bestellt haben? Denn so müßte man nach dem ADGB-Geschwätz annehmen, da es ohne Demonstrationsverbot auch in Berlin, wie überall im Reich, zu nichts anderem als zu einem wuchtigen, aber disziplinierten roten Aufmarsch gekommen wäre. Nirgends im Reich, wo die Demonstrationen nicht verboten waren, kam es am 1. Mai zu blutigen Zusammenstößen. Diese Feststellung genügt, um den ganzen Unsinn des ADGB-Geschreibels darzutun.

Das Berliner Proletariat hat der herrschenden Klasse gezeigt, daß Deutschland kein Italien ist. Wohl haben die Schupoformationen Jörgiebel in Berlin ebenso gehaust wie die Kohlenhorden im zaristischen Russland. Aber trotz alledem: die klassenbewußte Berliner Arbeiterschaft hat sich nicht lumpig gestellt. Der proletarische Widerstand gegen die sozialreactionären Anschläge der Koalitionsregierung und gegen die Vorbereitungen zum imperialistischen Krieg wird wachsen. Und das kann heute schon gesagt werden, wenn die herrschende Klasse wieder den imperialistischen Krieg eröffnet, das Proletariat wird sich nicht so dumm wie im August 1914!

Auch die sozialimperialistischen Führer des ADGB werden so „herrliche Zeiten“, wie die Jahre 1914/18, nicht mehr erleben. Immer mehr Arbeiter werden begreifen, was am 1. Mai 1929 in Berlin vorging. Immer größere Massen der Arbeiter werden erkennen, daß die sozialdemokratischen Führer nichts anderes sind als Henslersknechte der herrschenden kapitalistischen Klasse. Mit ihnen werden die Arbeiter abrechnen!

Das „Sofort-Programm“ gegen die Arbeitslosen

Die Koalitionsregierung hat beschlossen, ein „Sofortprogramm“ betr. Abänderung der Arbeitslosenversicherung zur Durchführung zu bringen. Aus dem Inhalt dieses Sofort-Programms weiß das Berliner Tageblatt am 11. Mai folgendes mitzuteilen:

„Man darf auch annehmen, daß unter dieses Sofort-Programm die Vorlegung derjenigen geistlichen Veränderungen fällt, über deren Notwendigkeit bei den Verbündeten der Arbeitgeber und bei den gewerkschaftlichen Organisationen Einigkeit besteht, also über eine klare Definition des Begriffs „Arbeitslosen“ oder mit dem Ziele der Ausschaltung der Doppelverdiener. Einige andere Fragen scheinen allerdings der Klärung noch pieänlich weit zu sein, wie besonders die Einführung des qualifizierten Bedürftigkeitsnachweises.“

Entgegen allen sozialdemokratischen Ablehnungen ist also festzustellen, daß die Koalitionsregierung außer dem völligen Ausschluß deraisonarbeiter vom Bezug der Unterstützung auch noch die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung plant. Es ist auch klar, was die „Ausschaltung der Doppelverdiener“ bedeutet. Solange noch ein Familienmitglied in Arbeit steht, sollen arbeitslose Familienmitglieder keine Unterstützung erhalten.

In der Verhinderung der geplanten Verschlechterungen haben auch diejenigen Arbeiter ein Interesse, die heute noch

Erwerbslose Arbeiterinnen!

Die Sozialdemokraten, die im Verwaltungsrat der Arbeitslosenversicherung sitzen, haben es soweit gebracht, daß ein Erlass herausgegeben wurde, nach dem den verheirateten Frauen, die arbeitslos sind, die Unterstützung entzogen werden soll.

Wehrt euch!

Ihr seid infolge der erbärmlichen Hungerlöhne eurer Männer gezwungen, mitzuverdienen. Ihr wollt Arbeitsmöglichkeit. Freilich drängen heute Hunderttausende nach den freien Arbeitsstellen. Aber wenn euch der kapitalistische Staat keine Arbeitsmöglichkeit gibt, so habt ihr ein volles Recht auf die Arbeitslosenunterstützung, für die euch die Beiträge vom Arbeitslohn abgezogen worden sind.

Wahrt euch die Unterstützung nicht rauben!

in Arbeit stehen. Denn wenn durch den Raub der Erwerbslosenunterstützung neue Tausende dem Verhungern preisgegeben, auf der Straße liegen, wird das auch die Lage der betriebsstätigen Arbeiter verschlechtern.

Neuer Montantrust in Oberschlesien

In Oberschlesien bildet sich ein neuer Montantrust heraus. Es liegen sich dort zur Zeit zwei Gruppen gegenüber: auf der einen Seite die Gruppe Bismarckhütte, Kattowitz AG, für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb und die Silesia-Hütte, auf der anderen Seite die Vereinigte König- und Laurahütte. Beide Gruppen werden eine große Interessengemeinschaft miteinander eingehen. Zur Vorbereitung dieses großen Trusts wird als erste Gruppe das Aufsehen der Kattowitzer AG und der Ellesia in der Bismarckhütte durchgeführt. Die Interessengemeinschaft, die kann von der Bismarck- und der Laurahütte gebildet werden soll, wird die Konkurrenz, die bei weiterem Ausbau der Unternehmen drohen würde, ausschalten. Führend bei diesem Projekt ist das amerikanische Finanzkapital unter Harriman. Die Finanzierung soll durch eine Holdinggesellschaft geregelt werden, an der nur die Großaktionäre beteiligt sein werden.

Steigende Roheisen-Erzeugung

Im Gegenjahr zu dem Rottgeschrei der deutschen Schwerindustrien ist die arbeitstägliche Roheisen-Erzeugung von 3420 Tonnen im März d. J. auf 3680 Tonnen im April gestiegen (3490 im April des Vorjahrs). Im Zeichen der fortgeschrittenen Rationalisierung ist die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochofen von 108 im April des Vorjahrs auf 99 im April d. J. gesunken.

Gebesserte Konjunkturlage in der Maschinenindustrie

Nach den Feststellungen der Stahlindustriellen selber ist im April d. J. vor allem infolge der saisonalen Entwicklung eine Besserung der in- und ausländischen Auftragseingänge eingetreten, obwohl eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades nicht zu verzeichnen war. Diese Konjunkturhebung erstreckt sich vor allem auf die Fabrikation von Kraftmaschinen, Landmaschinen und mechanischen Fördermitteln, während in anderen Fabrikationszweigen keine Konjunkturaufbesserung eingetreten ist.

Beramontliche Redakteure: Axel Potratz, Bruno Goldammer; ihr Gewerkschaftsleiter: Albert Zwicker; ihr Vorsteher, Geschäftsführer und Expert: Willi Körner; für den Industrieteil: Arthur Buerk; Ammold in Dresden; Berlin; Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. h. Druck: Petersen, Dresden

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Copyright by Siedlerverlag, Baden-Baden

Zußerdem erstand der Reaktion im Lager der Arbeiter noch ein furchtbarer Verbündeter: der Hunger! Der Zahlt der Läden verabschiedete sich oder verschwand in unterirdischen Kästen. Da alle Juwelen abgedrosst waren, lachten sich die Vollzugsräte ebenfalls zu einladendem Rationalisierungen gezwungen. Die Versorgungen für die Rote Front stellten, so daß sich die Arbeitertruppen zu Requisitionen gezwungen sahen, was neuen Anlaß zu Schrecken über Plünderungen und roten Terror gab. Ende März kamen in vielen Orten an die Zivilbevölkerung nur noch Brode und Kops zwei Pfund Brot und vier Pfund Kartoffeln abgegeben werden.

So lag die Situation auch in Swertrup, als am Dienstagabend nach dem roten Sonnabend sich auf der Düsseldorfer Straße ein einspänniges Wägelchen der Stadt nahte. Im Fond schwang der Holzkranz zwischen den Fingern, eine Ordenskette in der grauen Tracht der Ursulinerinnen. Sie hatte den Schleier weit über das Gesicht gezogen, so daß nur die Augen und ein weißer Rosenverband zu sehen waren. Bei der Schlußüberführung waren die Schranken herabgelassen und ein halbes Dutzend Mitglieder der Arbeitersicherheitswehr ließen sich auf dem Wartehauschen farbenspielend die warme Märzluft auf den Rücken brennen.

„Wie komme ich zum St. Ursulahospital?“ fragte das Bäuerlein, das pfeifeischmaulnd den Wagen lenkte.

„Hast du einen Ausweis?“ — Der Bauer reichte unmissverständlich zusammengefalteten Zettel.

Der Posten schüttelte den Kopf. „Das ist ja ganz schön und gut. Da schreibt der hochwürdige Pater Benedikt aus Düsseldorf seine Bewilligung der Schwester Ursula, die sich bei der Krankenanstalt in Palästina den Lupus zugezogen hat, ins Ursulahospital. Aber ohne Ausweis des Düsseldorfer Vollzugsrates darf ich dich nicht passieren lassen.“

Der Kutscher zuckte blöde mit den Schultern. Die Wachmutter sah halb neugierige, halb mitleidige Glühe auf die verunsicherte Gesicht.

„Lupus ist ja etwas furchtbar Ansteckendes, so wie Lepra,“ sagte einer, sich schüttelnd. „Gott, eine Krankheit — da braucht man es doch nicht so genau zu nehmen,“ bemerkte ein anderer.

„Man weiß nie, wie man es recht macht,“ sagte der Wachhabende. „Einmal sollen wir jeden ohne Ausweis zur Kommandantur schicken, anderseits aber auch den christlichen Gefühlen der Arbeiter Rechnung tragen! — Also, macht die Schranken hoch und zeigt ihnen den Weg!“

Langsam ratterte das Wägelchen nach dem Ursulahospital, wo die Innenausstattung der Piörnerin zu dem im ersten Stock gelegenen Zimmer des Auslastungsgeistlichen emporstieg. Der alte Herr sprach den Willkommenstollen, rückte der Kranken einen Stuhl und erhob, nachdem sich die Piörnerin entfernt hatte, das überreichte Schreiben.

Als er hinter seinem Rücken ein Geräusch hörend sich umsah, entfiel der Brief vor Schreck seinen zitternden Händen. An Stelle der Kranken Nonne stand vor ihm der leibhaftige Satan in Gestalt eines schönen jungen Weibes in grauem Kleidstückum.

„Sie brauchen kein Kreuzlein zu schlagen, hochwürdiger Herr,“ lachte Gisela Jenk, sich am Entzücken des alten Seelhorsters weidend. „Ich bin — wie Sie aus dem Schreiben erschließen — gezwungen, für einige Stunden Ihre Gastfreundlichkeit in Anspruch zu nehmen. Ich verspreche Ihnen, wenn Sie mir diese Briefe hier durch einen zuverlässigen Boten sofort besorgen lassen, daß ich Sie noch vor Abbruch der Nacht von meiner Anwesenheit trennen werde. Da aber in Klöstern und Pfarrhäusern die Türen häufig Augen und Ohren haben, habe ich mir erlaubt, einstweilen meinen Mantel vor das Schlüsselloch zu hängen.“

„Sie haben viel gewagt, gnädiges Fräulein,“ sagte Allesor Kuhlenkamp bewundernd, indem er Gisela wiederholte die Hand führte.

„Nicht der Rede wert, mein Lieber,“ lachte sie übermütig und schlug ihrer Gewohnheit gemäß die Beine übereinander. „Mir macht Piörnenschön von jetzt Spatz und dieser hier um so mehr, da er unserer guten Sache dient. Tatsächlich war er nicht ganz ohne Gefahr, denn wenn die Herren Räte mich und meine Post erwischen hätten, wären sie wohl wenig zärtlich mit mir verfahren. Aber das Aufrüttende und Peinliche ist mein Lebenselement! Ich verstehe nicht, wie es die Leute in der langweiligen Zeit vor dem Kriege überhaupt aushielten? Wenn ich ein Mann wäre, würde ich Soldat werden. Leider gibt es noch keine Wallütenregimenter, wo man die Augen pflegen können kann.“

„Zum Augelpfeisen hätten Sie vergangenen Sonnabend auch hier in Swertrup reichlich Gelegenheit gehabt. So etwas von beiderseitiger Erbitterung habe ich kaum in Frankreich erlebt,“ sagte Kuhlenkamp. „Lehrigens, wenn Sie raus zur Lippe kommen, können Sie es noch genug knallen hören. Die Roten haben sogar Geschüze und Minenwerfer.“

„Also, Sie begleiten mich über den Rhein und helfen mir, den Peitschen an der richtigen Adresse abliefern,“ sprang Gisela auf ein anderes Thema über.

„Ich fürchte, er wird Schwierigkeiten machen, da seine Mutter schwer an den Grippe liegt,“ bemerkte Kuhlenkamp.

„Doch müssen Sie meine Sorge sein. — Ich habe mir geschworen . . .“

Sie brach jäh ab, aber ihr Gegenüber bekam vor dem funkelnden Haß dieser schönen Augen ein Grauen. —

An der Haltestelle des Postautos trafen sie sich mit Peitschen.

„Es freut mich, daß Sie mich nicht im Stich lassen,“ sagte Gisela während er gewohnheitsgemäß die Hände zusammenklappte, ihre Finger spitzen an die Lippen führte. — Kuhlenkamp, der sich mit einem abgetragenen Zoppananzug und einem Plakat über seinen verehrteren Schmier unfehlbar gemacht hatte, ging in einiger Entfernung auf und ab. — Peitschen machte ein lästiges Geräusch. „Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie ungünstig ich bin, daß gerade jetzt meine Mutter schwerkrank und ich . . .“

Gisela zog finster die Brauen zusammen. „Wie, Sie wollen nicht mit?“ — Der junge Mann sah sie bittend an. „Leider hängt das nicht von meinem Willen ab . . .“

„Ah, entschuldigen Sie, ich vergaß Ihre kalte Frau Mutter!“ Iwar haben wir im Augard eine Eidesformel, die da lautet: „Zu Lande, zu Wasser und in der Luft — zu jeder Tages- Tag- und Nachtzeit — ohne Rücksicht auf eigene Vor- oder Nachteile!“ Man wird in Zukunft auch noch ausdrücklich einfügen müssen: „auch bei Krankheitsfällen in der Familie!“ —

Der mit eiligem Hohn Begrüßte wurde freudewollig: „Wenn Gnädige befehlen . . .“

„Bemühen Sie sich nicht, Herr Peitschen! Iwar habe ich mich in Ihnen getäuscht, aber ich werde auch ohne Ihren Schutz durch die Roten und Belgier durchkommen. Herr Kuhlenkamp kann mich leider nur bis zum Rhein begleiten, da er eine andere Mission zu erfüllen hat. Befehlen lassen sich solche ritterlichen Dienste nicht!“

Peitschen straffte sich wie unter einem Peitschenhieb.

„Verzeihen Sie, daß ich wolle, ich bin ganz der Ihre,“ rief er entzückt und wäre am liebsten auf die Knie gesunken.



Unsere Fleischpreise

Frisches Rindfleisch

in bester Beschaffenheit

Talg	Pfund 25,-	Gulasch	Pfund 140,-
Brust, ohne Beilage	Pfund 90,-	Derbes	Pfund 140,-
Querrippe, ohne Beilage	Pfund 90,-	Stouladen	Pfund 140,-
Gewiegtes	Pfund 90,-	Schabefleisch	Pfund 140,-
Hochrippe, ohne Beilage	Pfund 100,-	Rumpsteak	Pfund 160,-
Schob	Pfund 100,-	Zende	Pfund 170,-

Frisches Kalb- und Schweinefleisch

in bester Qualität, sehr preiswert.

Gefrier-Rindfleisch

billig und gut

Talg	Pfund 25,-	Gulasch	Pfund 110,-
Brust, ohne Beilage	Pfund 55,-	Derbes	Pfund 100,-
Querrippe, ohne Beilage	Pfund 70,-	Stouladen	Pfund 110,-
Gewiegtes	Pfund 65,-	Rumpsteak	Pfund 115,-
Hochrippe, ohne Beilage	Pfund 80,-	Zende	Pfund 130,-
Schabefleisch	Pfund 110,-	Leber	Pfund 120,-

Gefrier-Hammsfleisch

das Pfund 115-120,-

Konsumverein

Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder

Hermann Wehle & Co.
Niedersedlitz • Ruf 926
Pa. Briketts, Braunkohlen & Koks
Holz • Torfmull- und Stroh • Baumaterialien
Möbeltransport

4,8 Millionen
Mark
Jahresumsatz



Großbäckerei
Fleischerei
Sparkasse



Gemeinsame Wirtschaft auf gesunder Grundlage
durch den
Konsumverein
der
Oberlausitzer Wirtschafts-Genossenschaft
Zittau
Warenabgabe nur an Mitglieder
Eintrittsgeld 50 Pfennig

Brikette
empfohlen
Max Meißner
Dömitz-Thumitz

Bettfedern-Reinigung mit
elekt. Betrieb (Chaienisch)

Marie Steiner
Meissen, Kloßenweg 2

Karl Forker
Pirna, Garvensstr. 15
Lager fertiger
Aussfallungen
und Kleinmöbel
solid und preiswert

H. Fleisch- und Wurstwaren
empfohlen
Willy Simmchen
Heldenufer, Dresden-Str. 19

Sirohsäcke
Ewald Kluge
Pirna, Lange Straße 17

Nachruf!
Hiermit allen Genossinnen und Genossen
zur Kenntnis, daß unser lieber Genosse

Otto Kriedel

auf Montag, dem 13. Mai, 11 Uhr, im Alter von 47 Jahren verstorben ist. Wir verlieren
mit ihm einen Kämpfer aus unseren Reihen und werden ihm deshalb ein
ehrendes Gedenken bewahren.

**Kommunistische
Partei Deutschlands**
Ortsgruppe Radeberg

Die Einführung findet Donnerstag, den
15. Mai, 18.15 Uhr, in Dresden (Krematorium Tolkewitz) statt. Wir bitten die
Genossen um zahlreiche Beteiligung.
Anfahrt 15.05 Uhr von Radeberg.



Lass Dir nicht eine beliebige Margarine aufreden,
sondern besteh' auf „Blauband, frisch gekirnt“. Wenn Du „Blauband“ an Stelle von Butter gebrauchst, ernährst Du Deine Familie ebenso gut und kannst bei jedem Pfund über 1 Mark in die Sparbüchse stecken.



Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftslage, des Allgem. Freien Angestelltenbundes und des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Dresden-A, Maxstraße 13 oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

KORSO

ZIGARETTE



5,-
-und keine andere.

Werbt neue Sefer!